



**817 Bericht** von Jule Adriaans, Philipp Eisnecker und Stefan Liebig

## Gerechtigkeit im europäischen Vergleich: Verteilung nach Bedarf und Leistung in Deutschland besonders befürwortet

- Mehrheit bewertet europaweit niedrige Einkommen als ungerechterweise zu niedrig
- Hohe Einkommen werden in Deutschland seltener als im Rest Europas als ungerecht hoch bewertet
- Große Mehrheit befürwortet Leistungs- und Bedarfsprinzip

**826 Interview** mit Jule Adriaans



**827 Bericht** von Peter Krause

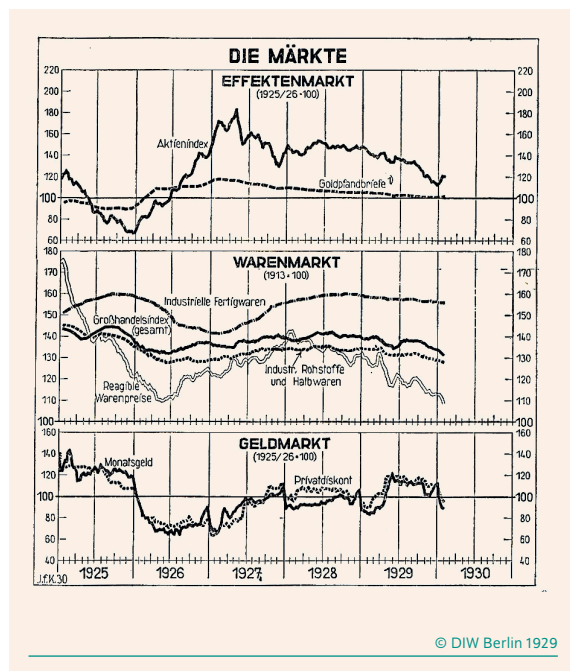
## 30 Jahre seit dem Mauerfall: Fortschritte und Defizite bei der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland

- Vergleich der Lebensbedingungen in Ost und West
- Angleichung bei der Lebenszufriedenheit
- Aufholbedarf bei der ostdeutschen Wirtschaftskraft

**842 Kommentar** von Christian von Hirschhausen

## Braunkohleausstieg in Proschim und Pödelwitz: Hundertprozentig!

### Geld- und Kapitalmarkt.



Infolge der rückläufigen Konjunktur, der Abnahme der Börsenkredite und der Kreditpolitik der Bundesreservebanken ist der Geldmarkt gegenwärtig ziemlich flüssig. Die saisonübliche Anpassung in der zweiten Dezemberhälfte war gering und wurde bereits Anfang Januar wieder überwunden. Die Akzept- und Anleihekäufe der Reservebanken sind zwar zurückgegangen, aber nicht in dem Maß, in dem sich ihr Portefeuille an diskontierten Wechseln erleichterte. Die Senkung der Geldsätze hat seit Ende Oktober zu einer beträchtlichen Abwanderung ausländischer Gelder geführt, was im November und Dezember erhebliche Goldabflüsse zur Folge hatte. Jedoch blieben die Goldbestände der Bundesreservebanken noch so hoch, daß die Verflüssigungspolitik nicht gefährdet wurde. Die Goldzuflüsse in den ersten Januarwochen hängen im wesentlichen mit den saisonüblichen Zinseingängen am Jahresultimo zusammen.

Am Effektenmarkt hat sich nach den starken Kurseinbrüchen im Herbst noch keine eindeutige Tendenz durchgesetzt. Das Kursniveau der Aktien ist zwar um rund 10 v. H. höher als Mitte November, liegt aber noch um mehr als 30 v. H. unter dem Höchststand von Mitte September 1929. Die Aufwärtsbewegung auf dem Markt der festverzinslichen Papiere hat sich in engen Grenzen gehalten. Die Auslandsemissionen haben im Dezember zugenommen, sind aber noch verhältnismäßig gering.

Aus dem Wochenbericht Nr. 45 vom 5. Februar 1930

### IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

[www.diw.de](http://www.diw.de)

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

86. Jahrgang 6. November 2019

#### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

#### Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Dr. Wolf-Peter Schill

#### Lektorat

Aline Zucco; Dr. Mathias Huebener

#### Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Anna Hammerschmid; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor; Dr. Alexander Zerrahn

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

#### Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

#### Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

#### Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig ([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter [www.diw.de/newsletter](http://www.diw.de/newsletter)

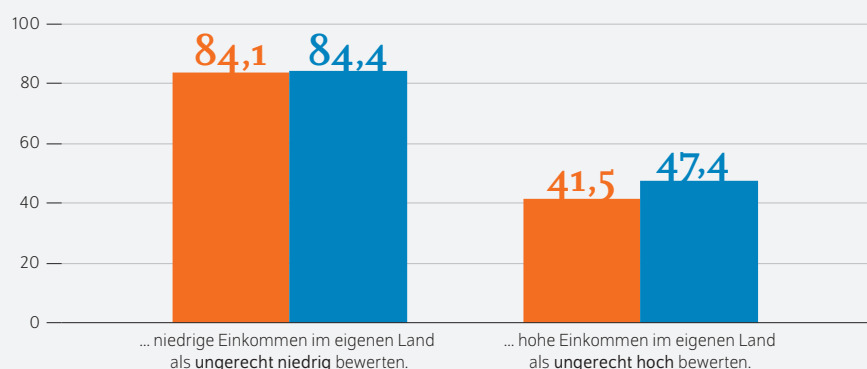
## Gerechtigkeit im europäischen Vergleich: Verteilung nach Bedarf und Leistung in Deutschland besonders befürwortet

Von Jule Adriaans, Philipp Eisnecker und Stefan Liebig

- Studie untersucht Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland und dem Rest Europas anhand des European Social Survey (ESS)
- Niedrige Bruttoerwerbseinkommen werden europaweit von Mehrheit als ungerechterweise zu niedrig bewertet
- Hohe Einkommen werden in Deutschland seltener als ungerechterweise zu hoch bewertet als im sonstigen Europa
- Das eigene Bruttoerwerbseinkommen wird in Deutschland besonders häufig als gerecht bewertet
- Große Mehrheit befürwortet Leistungs- und Bedarfsprinzip, in Deutschland noch häufiger als in Europa

**Befragte in Deutschland bewerten hohe Einkommen seltener als ungerecht hoch als der Rest Europas; bei niedrigen Einkommen sind sie sich einig**

Anteil der Befragten, welche ...

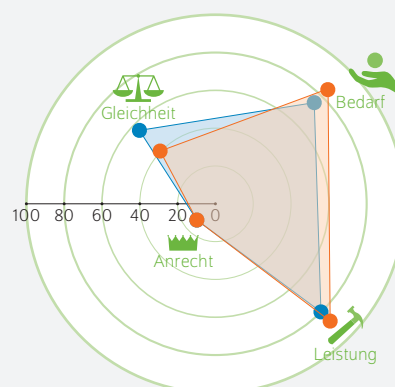


Quelle: European Social Survey, Welle 9 (2018), gewichtet.

Deutschland

Sonstiges Europa

Zustimmung zu Verteilungsprinzipien (Prozent)



© DIW Berlin 2019

### ZITAT

„Die Verteilung von Gütern und Lasten in einer gerechten Gesellschaft sollte sich nach Meinung der EuropäerInnen und stärker noch der Befragten in Deutschland an Bedarf und Leistung orientieren. Es ist also nicht nur wichtig, Löhne zu zahlen, die den individuellen Bedarf decken können, sondern auch Löhne, die die individuelle Leistung wertschätzen und anerkennen.“ — Jule Adriaans —

### MEDIATHEK



Audio-Interview mit Jule Adriaans  
[www.diw.de/mediathek](http://www.diw.de/mediathek)

# Gerechtigkeit im europäischen Vergleich: Verteilung nach Bedarf und Leistung in Deutschland besonders befürwortet

Von Jule Adriaans, Philipp Eisnecker und Stefan Liebig

## ABSTRACT

Anhand aktueller Daten des European Social Survey (ESS) wird die Wahrnehmung der nationalen Erwerbseinkommensgerechtigkeit in Deutschland und mit derjenigen im Rest Europas verglichen. Die große Mehrzahl der europäischen Befragten schätzt niedrige Bruttoerwerbseinkommen als ungerechterweise zu niedrig ein. Hohe Einkommen hingegen werden in Deutschland seltener als zu hoch eingeschätzt als im Rest Europas. Knapp die Hälfte der Europäerinnen und Europäer bewertet das eigene Bruttoerwerbseinkommen als gerecht, wobei gilt: Je höher das eigene Einkommen, desto eher wird dieses als gerecht bewertet. Auffällig ist, dass in Deutschland dieser Zusammenhang besonders stark ist. Grundsätzlich empfinden es die Befragten in Europa und insbesondere in Deutschland als gerecht, dass Güter und Lasten nach Bedarf und Leistung verteilt werden. Das Gleichheitsprinzip wird in Deutschland dagegen häufiger als in anderen europäischen Ländern abgelehnt. Bedarfs- und leistungsgerechte Löhne sind also nötig, damit die Ungleichheit bei den Erwerbseinkommen nicht als zu ungerecht empfunden wird.

Nach dem Schock der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren ab 2008 hat sich die wirtschaftliche Situation in den meisten Ländern der EU wieder entspannt. Insbesondere Deutschland verzeichnete in den letzten Jahren eine starke Konjunktur und eine deutliche Zunahme der Beschäftigtenquote. Dies heißt allerdings nicht, dass ein solcher Aufschwung auch bei allen gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen angekommen ist. Stattdessen könnten nur bestimmte Gruppen profitiert haben. Große Unterschiede zwischen den Ländern der EU bestehen beispielsweise bei der ungleichen Verteilung von Einkommen (Abbildung 1): So hat sich etwa die bestehende Ungleichheit in den südeuropäischen Ländern seit der Krise bis 2015 nochmals vergrößert. In Deutschland ist spätestens seit dem Jahr 2012 ebenfalls eine ansteigende Einkommensungleichheit zu beobachten.<sup>1</sup>

Ungleichheit wird jedoch nicht zwangsläufig als Ungerechtigkeit wahrgenommen. Einkommensunterschiede können beispielsweise als legitimes Resultat von Leistungsunterschieden bewertet werden und somit „gerechte Ungleichheiten“ widerspiegeln. Die empirische Gerechtigkeitsforschung zeigt allerdings: Wenn Ungleichheiten als ungerecht bewertet werden, reagieren die Personen mit einer Verminderung ihrer Leistung am Arbeitsplatz, zeigen geringere politische Beteiligung, geringeres Vertrauen zu anderen und weisen häufiger psychische und physische Krankheitssymptome auf.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Zu der zunehmenden Ungleichheit von Haushaltseinkommen siehe auch Markus M. Grabka, Jan Goebel und Stefan Liebig (2019): Wiederanstieg der Einkommensungleichheit – aber auch deutlich steigende Realeinkommen. DIW Wochenbericht Nr. 19, 343–353 (online verfügbar, abgerufen am 18. Oktober 2019). Dies gilt für alle Onlinequellen in diesem Bericht, sofern nicht anders vermerkt. Auch die Ungleichheit von Vermögen in Deutschland hat im Vergleich der Zeiträume 2008–2011 und 2011–2015 zugenommen. Vgl. Stefan Bach, Andreas Thiemann und Aline Zucco (2018): Looking for the Missing Rich: Tracing the Top Tail of the Wealth Distribution. DIW Discussion Paper Nr. 1717 (online verfügbar).

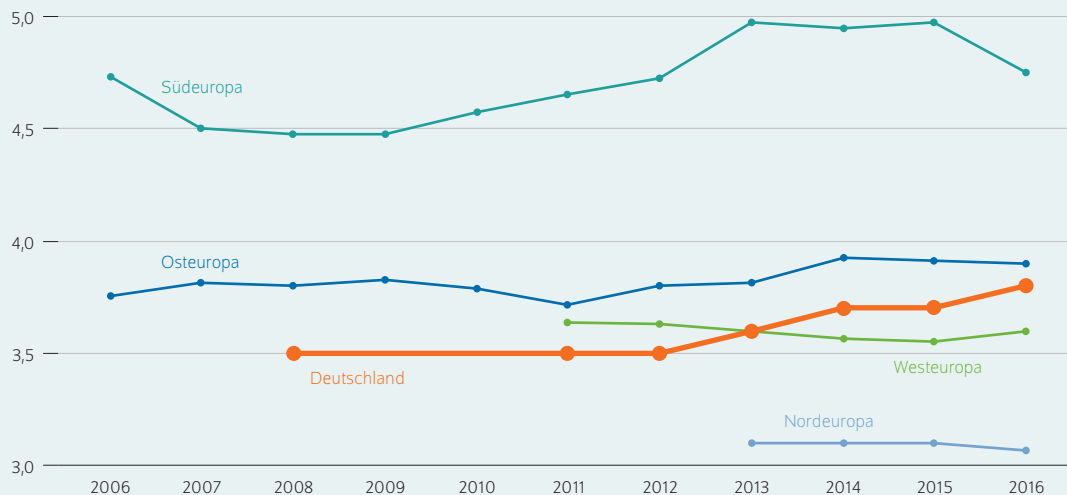
<sup>2</sup> Siehe hierzu Jule Adriaans und Stefan Liebig (2018): Ungleiche Einkommensverteilung in Deutschland grundsätzlich akzeptiert, aber untere Einkommen werden als ungerecht wahrgenommen. DIW Wochenbericht Nr. 37, 802–807 (online verfügbar); Reinhard Schunck, Carsten Sauer, und Peter Valet (2015): Unfair Pay and Health: The Effects of Perceived Injustice of Earnings on Physical Health. *European Sociological Review* 31 (6), 655–666; Carsten Sauer und Peter Valet (2013): Less is Sometimes More: Consequences of overpayment on job satisfaction and absenteeism. *Social Justice Research* 26 (2), 132–150; Jason A. Colquitt und Jessica B. Rodell. (2011): Justice, Trust, and Trustworthiness: A Longitudinal Analysis Integrating Three Theoretical Perspectives. *Academy of Management Journal* 54 (6), 1183–1206.



Abbildung 1

### Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen in Europa

Verhältnis des verfügbaren Haushaltseinkommens des einkommensstärksten Zehntels gegenüber dem einkommensschwächsten Zehntel nach Ländergruppen und Erhebungsjahr



Lesebeispiel: Ein Wert von vier bedeutet, dass Personen im höchsten Zehntel der Einkommensverteilung mindestens viermal so viel Einkommen zur Verfügung haben wie Personen im niedrigsten Zehntel der Einkommensverteilung.

Anmerkungen: Ländergruppen: Südeuropa (Griechenland, Italien, Portugal, Spanien); Osteuropa (Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn); Westeuropa (Belgien, Frankreich, Irland, Niederlande, Österreich, Vereinigtes Königreich); Nordeuropa (Dänemark, Finnland, Schweden). Südeuropa: Durchschnittswert 2006 ohne Spanien. Westeuropa: Durchschnittswert 2011 ohne Frankreich.

Quelle: OECD (2019), Income inequality (indicator) (online verfügbar, abgerufen am 15. Oktober 2019).

© DIW Berlin 2019

In Deutschland hat sich die Einkommensungleichheit seit 2012 verstärkt.

Auf Basis aktueller europaweiter Daten des European Social Survey (ESS; Kasten 1) wird daher in dieser Studie untersucht, wie die objektiven Einkommensungleichheiten in Europa subjektiv bewertet werden. Dabei interessiert vor allem, wie sich diese Bewertungen in Deutschland vom europäischen Durchschnitt unterscheiden. Wird die Situation im eigenen Land von den Befragten in Deutschland negativer oder positiver wahrgenommen als in anderen Ländern Europas? Im Fokus steht dabei eine bestimmte Form sozialer Ungleichheit: die Ungleichheit der Erwerbseinkommen. Befragt wurden 33 972 Bürgerinnen und Bürger Europas – Erwerbstätige und nicht Erwerbstätige –, wie sie die Bruttoerwerbseinkommen Vollzeitbeschäftigter am oberen und unteren Rand der Einkommensverteilung in ihrem jeweiligen Land und gegebenenfalls ihr eigenes Erwerbseinkommen bewerten.

Außerdem wird der Frage nachgegangen, welche grundlegenden Prinzipien der Verteilung von Gütern und Lasten in einer Gesellschaft die Befragten unterstützen: Sollen Güter und Lasten auf alle gleich verteilt werden oder sollen die individuellen Leistungen, die Bedürfnisse oder die erworbenen Anrechte entscheidend sein?

### Befragte in Deutschland bewerten hohe Einkommen seltener als zu hoch

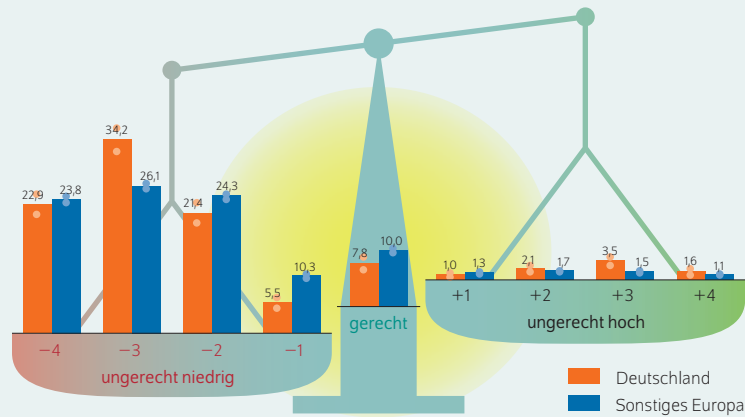
Insbesondere die Einkommen am oberen und unteren Rand der Einkommensverteilung, also sehr hohe und sehr niedrige Einkommen, sind häufig Gegenstand von Gerechtigkeitsdebatten. Um herauszufinden, wie die Befragten diese Einkommen wahrnehmen, erhielten sie Informationen zur Höhe der niedrigsten und der höchsten Bruttoerwerbseinkommen der Vollzeitangestellten in ihrem jeweiligen Land und wurden gebeten, diese zu bewerten (Kasten 2). Die Abfrage auf Basis objektiver Informationen zur Einkommensverteilung ermöglicht somit eine Einschätzung, als wie gerecht die tatsächliche Einkommensspanne im jeweiligen Land empfunden wird.

Befragungsergebnisse einer deutschen Erwerbstätigenbefragung aus dem Jahr 2017 haben bereits gezeigt, dass die Bruttoerwerbseinkommen am unteren Ende der Einkommensverteilung übereinstimmend als ungerecht wahrgenommen werden.<sup>3</sup> Auch in der aktuellen ESS-Befragung bewertet ein Großteil der Befragten in Deutschland niedrige Einkommen, wie sie die untersten zehn Prozent der Vollzeiterwerbstätigen erhalten (in Deutschland ein Bruttomonatseinkommen von unter 1700 Euro), als ungerechterweise zu niedrig. Dies entspricht dem europäischen

3 Adriaans und Liebig (2018), a. a. O.

Abbildung 2

### Gerechtigkeitsbewertung niedriger Bruttoerwerbseinkommen In Prozent



Anmerkung: Die Punkte an den Balken weisen die untere und obere Grenze des 95-Prozent-Konfidenzintervalls aus.

Quelle: European Social Survey, Welle 9 (2018): n = 30 807 (Deutschland: n = 2 107, sonstiges Europa: n = 28 700), gewichtet.

© DIW Berlin 2019

Niedrige Einkommen werden in Deutschland und im restlichen Europa übereinstimmend als ungerechterweise zu niedrig bewertet.

Durchschnitt (Abbildung 2): 84 Prozent in Deutschland und ebenfalls 84 Prozent im sonstigen Europa sehen ein solches Einkommen als zu gering an. Nur eine kleine Minderheit von acht Prozent der Befragten in Deutschland (zehn Prozent im sonstigen Europa) bewerten sie als gerecht. Anhand der vorgegebenen Antwortkategorien konnten die Befragten auch angeben, wie stark sie die Ungerechtigkeit einschätzen. Die empfundene Intensität der ungerechten Unterbezahlung ist in Deutschland demnach tendenziell etwas größer als im europäischen Durchschnitt.

Deutlichere Unterschiede zwischen Deutschland und dem europäischen Mittel zeigen sich bei der Bewertung hoher Einkommen, wie sie die obersten zehn Prozent der Vollzeitbeschäftigten verdienen. Dies entspricht einem Bruttomonatseinkommen von über 5 800 Euro in Deutschland (Abbildung 3). 41 Prozent der Befragten in Deutschland und 39 Prozent der Befragten im Rest Europas schätzen solch hohe Einkommen durchaus als gerecht ein – wohingegen 42 Prozent in Deutschland und 47 Prozent im sonstigen Europa solche Einkommen als ungerechterweise zu hoch bewerten. Im Vergleich mit deutschen Befragten nehmen die ESS-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer aus den anderen europäischen Ländern im Schnitt hohe Einkommen deutlicher als ungerechte Überbezahlung wahr. Schließlich bewerten sogar 18 Prozent der Deutschen die hohen Einkommen in ihrem Land als zu niedrig, was nur 14 Prozent der Befragten im Rest Europas so sehen.

Während Befragte in Deutschland die Erwerbseinkommen am unteren Ende der Verteilung zwar eindeutig als zu niedrig bewerten und sich darin mit den Befragten in den anderen europäischen Ländern einig sind, unterscheiden sie sich darin, die Einkommen am oberen Ende der Einkommensspanne eher als gerecht anzusehen – in dem Fall handelt es sich um „gerechte Ungleichheiten“.

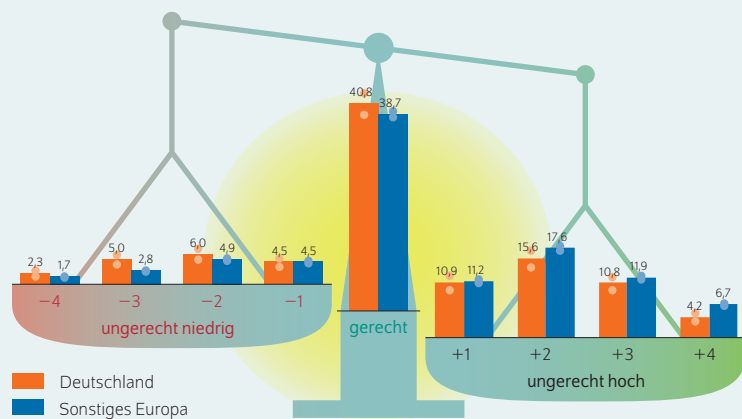
### Je höher das eigene Einkommen, umso gerechter wird es empfunden

Doch wie bewerten die Befragten – in Deutschland wie im Rest Europas – ihre eigene Einkommenssituation? Hier zeigt sich zunächst ein durchaus positives Bild (Abbildung 4). Rund 49 Prozent der Befragten in Deutschland schätzen ihr eigenes Bruttoerwerbseinkommen als gerecht ein. Im sonstigen Europa sind es mit etwa 45 Prozent etwas weniger. Während sich nur ein sehr geringer Anteil ungerechterweise überbezahlt fühlt, schätzen 45 Prozent der Befragten in Deutschland (50 Prozent im sonstigen Europa) ihr Bruttogehalt als ungerechterweise zu niedrig ein.

Die Bewertung des eigenen Einkommens hängt dabei – wie zu erwarten – mit der eigenen Einkommensposition zusammen. Der Anteil jener, die ihr eigenes Bruttoeinkommen als gerecht bewerten, nimmt europaweit mit steigendem Bruttoeinkommen zu. Liegt der Anteil der gerecht bezahlten Personen im untersten Fünftel der Einkommensverteilung bei rund 35 Prozent, steigt dieser Anteil auf rund 63 Prozent bei den Personen im obersten Fünftel der Verteilung (Abbildung 5).

Abbildung 3

### Gerechtigkeitsbewertung hoher Bruttoerwerbseinkommen In Prozent



Anmerkung: Die Punkte an den Balken weisen die untere und obere Grenze des 95-Prozent-Konfidenzintervalls aus.

Quelle: European Social Survey, Welle 9 (2018): n = 30 807 (Deutschland: n = 2 107, sonstiges Europa: n = 28 700), gewichtet.

© DIW Berlin 2019

Deutsche bewerten im europäischen Vergleich hohe Einkommen seltener als zu hoch.

## Kasten 1

## Datengrundlage

Das European Social Survey (ESS) ist eine länderübergreifende Befragung, die seit 2002 im Zwei-Jahres-Rhythmus durchgeführt wird. In jeder Welle des ESS werden für alle beteiligten Länder repräsentative Bevölkerungsstichproben gezogen. Ein Teil der Fragen bleibt dabei in jeder Welle gleich und wird durch Fragen zu wechselnden thematischen Schwerpunkten ergänzt. Dabei werden im ESS sehr hohe methodische Standards sowohl bei der Erstellung des Fragebogens als auch bei der Stichprobenziehung und Datenerhebung eingehalten. Die Daten werden allen interessierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auf Anfrage zur Verfügung gestellt.<sup>1</sup> In der neuesten, in Deutschland zwischen September 2018 und März 2019 durchgeführten Befragungsrunde wurden die Teilnehmenden erstmals ausführlich zu ihren Einstellungen in Bezug auf soziale Gerechtigkeit und Fairness interviewt.<sup>2</sup> In Deutschland wurden dafür 2 358 Personen befragt; zusammen mit den anderen europäischen TeilnehmerInnen beruht dieser Bericht auf Angaben von 33 972 Befragten.<sup>3</sup> Die 9. Welle des ESS bietet somit repräsentative Daten, die einen einmaligen, vergleichenden Blick auf die Wahrnehmung von Gerechtigkeit in Europa erlauben.

<sup>1</sup> Siehe zum Beispiel Christian Schnaudt et al. (2014): The European Social Survey: Contents, Design, and Research Potential. Schmollers Jahrbuch 134, 487–506. Nach vorheriger Registrierung können die Daten online abgerufen werden (online verfügbar).

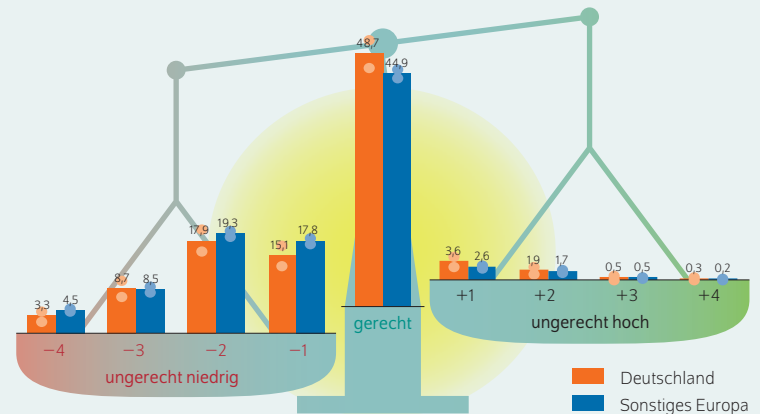
<sup>2</sup> European Social Survey (2018): ESS Round 9 Module on Justice and Fairness – Question Design Final Module in Template, London: ESS ERIC Headquarters, City, University of London.

<sup>3</sup> Für die Kategorie „Sonstiges Europa“ wurden in diesem Bericht Daten aus folgenden Ländern verwendet: Belgien, Bulgarien, Estland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Schweiz, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern. Dieser Bericht beruht auf der Datensatzversion ESS9 v1.0.

Auch in Deutschland steigt der Anteil derjenigen, die sich gerecht entlohnt fühlen, mit dem eigenen Einkommen stetig an. Am unteren Ende der Einkommensverteilung zeigt sich jedoch eine bemerkenswerte Abweichung zu den europäischen Ergebnissen: Befragte, deren monatliches Bruttoerwerbseinkommen zu den niedrigsten 20 Prozent in Deutschland zählt, bewerten ihr eigenes Bruttoeinkommen zu 51 Prozent überraschend häufig als gerecht. Beschränkt man jedoch die Untersuchungspersonen auf Vollzeitbeschäftigte, sinkt dieser Anteil auf 36 Prozent. Dass in Deutschland die Geringverdienenden ihre Einkommen so unerwartet positiv bewerten, lässt sich somit weitgehend durch einen großen Anteil von Teilzeitkräften in dieser Gruppe erklären, die ihr niedriges monatliches Einkommen angesichts der geringeren Zahl der Arbeitsstunden als gerecht ansehen.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> Der Anteil der Teilzeitarbeitskräfte ist in Deutschland deutlich höher als im europäischen Vergleich. Siehe hierzu Dietmar Hobler, Svenja Pfahl und Sandra Horvath (2017): Teilzeitquoten im Europavergleich 2002–2016. WSI GenderDatenPortal, Hans-Böckler-Stiftung (online verfügbar).

Abbildung 4

Gerechtigkeitsbewertung des eigenen Bruttoerwerbseinkommens  
In Prozent

Anmerkung: Die Punkte an den Balken weisen die untere und obere Grenze des 95-Prozent-Konfidenzintervalls aus.

Quelle: European Social Survey, Welle 9 (2018): n = 17 432 (Deutschland: n = 1 322, sonstiges Europa: n = 16 110), gewichtet.

© DIW Berlin 2019

Das eigene Bruttoeinkommen wird von knapp der Hälfte der europäischen Befragten als gerecht eingeschätzt, ein großer Anteil bewertet es aber auch als zu niedrig.

Betrachtet man den Zusammenhang zwischen Einkommensposition und Gerechtigkeitsbewertung des eigenen Bruttoeinkommens genauer, fällt auf: Ab dem dritten Quintil verläuft die Linie in Deutschland deutlich steiler als im europäischen Durchschnitt (Abbildung 5). Dies bedeutet, dass in Deutschland der Anteil derjenigen, die sich gerecht entlohnt fühlen, stärker mit der eigenen Einkommensposition steigt. Im restlichen Europa hängt dagegen die Bewertung des eigenen Einkommens weniger stark mit der eigenen Position in der Einkommensverteilung zusammen. Diese Unterschiede deuten möglicherweise darauf hin, dass in Deutschland Einkommensvergleiche mit anderen besonders relevant für die Bewertung des eigenen Einkommens sind.

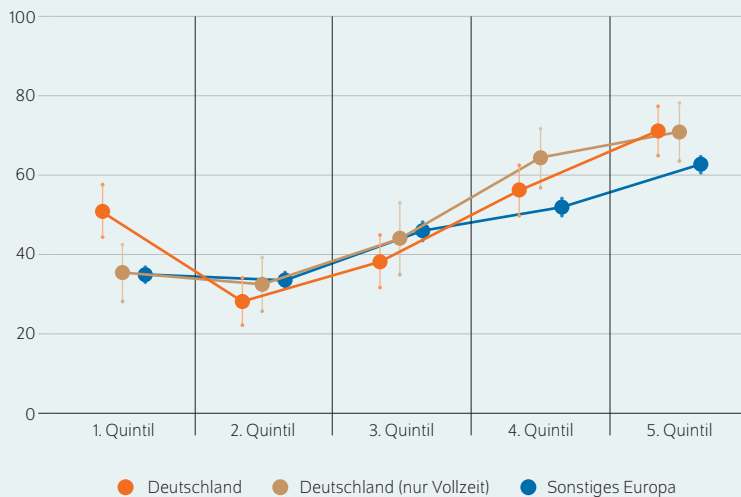
Deutsche befürworten im europäischen Vergleich  
stärker eine Bedarfsabsicherung

Wovon hängt es ab, ob Ungleichheiten – wie bei aus Erwerbstätigkeit resultierenden Einkommen – als gerecht oder ungerecht bewertet werden? Ein Grund liegt darin, dass diese Verteilungsergebnisse den normativen Vorstellungen, nach welchen Prinzipien Güter und Lasten in einer Gesellschaft verteilt werden sollten, zuwiderlaufen oder damit übereinstimmen.

In der empirischen Gerechtigkeitsforschung werden vier grundlegende Verteilungsprinzipien unterschieden: Das Gleichheitsprinzip fordert, Güter und Lasten gleich zu verteilen. Dem Bedarfsprinzip entspricht eine Verteilung, die grundlegende Bedürfnisse deckt. Das Leistungsprinzip fordert, denjenigen mehr zu geben, die höhere Leistungen erbracht haben. Schließlich werden nach dem

Abbildung 5

### Anteil gerechtes Bruttoerwerbseinkommen nach Bruttoeinkommensquintilen In Prozent



Anmerkungen: Einkommensquintile für erwerbstätige Befragte in Deutschland: unter 1 400 Euro (1. Quintil), 1 400 bis unter 2 500 Euro (2. Quintil), 2 500 bis unter 3 300 Euro (3. Quintil), 3 300 bis unter 4 900 Euro (4. Quintil), über 4 900 Euro (5. Quintil). Einkommensquintile für vollzeitbeschäftigte Befragte in Deutschland: unter 2 200 Euro (1. Quintil), 2 200 bis unter 3 100 Euro (2. Quintil), 3 100 bis unter 3 800 Euro (3. Quintil), 3 800 bis unter 5 000 Euro (4. Quintil), über 5 000 Euro (5. Quintil). Die Striche an den Punkten weisen die untere und obere Grenze des 95-Prozent-Konfidenzintervalls aus.

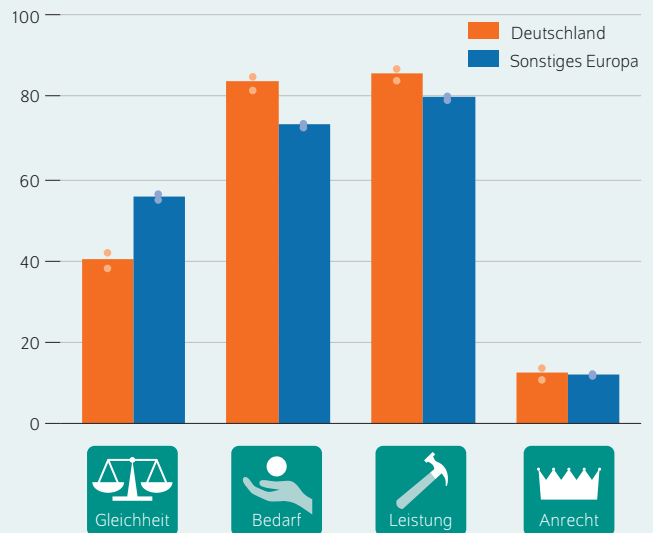
Quelle: European Social Survey, Welle 9 (2018): n = 12 012 (Deutschland: n = 1 104, sonstiges Europa: n = 10 908), gewichtet.

© DIW Berlin 2019

Der Zusammenhang zwischen Einkommensposition und Gerechtigkeitsbewertung des eigenen Bruttoeinkommens ist in Deutschland besonders stark ausgeprägt.

Abbildung 6

### Zustimmung zu Verteilungsprinzipien In Prozent



Anmerkungen: Alle vier Verteilungsprinzipien konnten bewertet werden mit (1) „Stimme stark zu“, (2) „Stimme zu“, (3) „Weder noch“, (4) „Lehne ab“, (5) „Lehne stark ab“. Dargestellt ist der relative Anteil an Befragten, die einem Prinzip zustimmen, das heißt entweder den Skalenwert 1 oder 2 angaben. Die Punkte an den Balken weisen die untere und obere Grenze des 95-Prozent-Konfidenzintervalls aus.

Quelle: European Social Survey, Welle 9 (2018): n = 32 277 (Deutschland: n = 2 291, sonstiges Europa: n = 29 986), gewichtet.

© DIW Berlin 2019

Im europäischen Vergleich stimmen Deutsche häufiger dem Leistungs- und dem Bedarfsprinzip und seltener dem Gleichheitsprinzip zu.

Anrechtsprinzip Güter und Lasten anhand von Statusmerkmalen wie Familienansehen oder Herkunft verteilt – hier spielen in der Vergangenheit Erreichtes oder die Herkunft eine Rolle.<sup>5</sup> Neben der Bewertung des eigenen Einkommens und der Einkommensspanne wurden die Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmer auch gefragt, wie stark sie diesen vier Gerechtigkeitsprinzipien jeweils zustimmen (Kasten 2).

Grundsätzlich zeigen sich zwar ähnliche Bewertungsmuster in Deutschland und dem Rest Europas (Abbildung 6): Das Leistungsprinzip und das Bedarfsprinzip finden die breiteste Unterstützung, dem Gleichheitsprinzip stehen die Bürgerinnen und Bürger hingegen eher ambivalent gegenüber und das Anrechtsprinzip wird in der Regel abgelehnt. Im Detail zeigen sich aber Bewertungsunterschiede: Befragte in Deutschland stimmen im europäischen Vergleich häufiger dem Bedarfs- und dem Leistungsprinzip zu. Das Gleichheitsprinzip wird hingegen in Deutschland vergleichsweise seltener unterstützt.

<sup>5</sup> Sebastian Hülle, Stefan Liebig und Maike Janina May (2018): Measuring attitudes toward distributive justice: the basic social justice orientations scale. Social Indicators Research, Vol. 136(2), 663–692; Philipp Eisnecker, Jule Adriaans und Stefan Liebig (2018): Was macht Gerechtigkeit aus? Deutsche WählerInnen befürworten über Parteigrenzen hinweg das Leistungs- und das Bedarfsprinzip. DIW aktuell Nr. 17 (online verfügbar).

Betrachtet man die Zustimmung zu den vier Prinzipien differenziert nach Haushaltsnettoeinkommen zeigt sich für Bedarf, Leistung und Anrecht ein recht stabiles Bild (Abbildung 7). Personen mit hohen Einkommen, die finanziell gut abgesichert sind, unterstützen ebenso eindeutig das Bedarfsprinzip wie Personen ganz unten in der Verteilung. Das Anrechtsprinzip, von dem eher jene profitieren, die bereits oben stehen, wird von Personen mit hohen Einkommen ebenso deutlich abgelehnt wie vom Rest der Verteilung. Dies legt nahe, dass die Präferenz für die Verteilungsprinzipien Bedarf und Anrecht nicht primär durch Eigeninteresse geprägt ist. Lediglich das Gleichheitsprinzip, welches starke Umverteilung für höhere Einkommen bedeuten würde, findet in den oberen Einkommensschichten deutlich seltener Zustimmung. Eine Verteilung nach dem Leistungsprinzip gilt in allen Einkommensgruppen als gerecht.

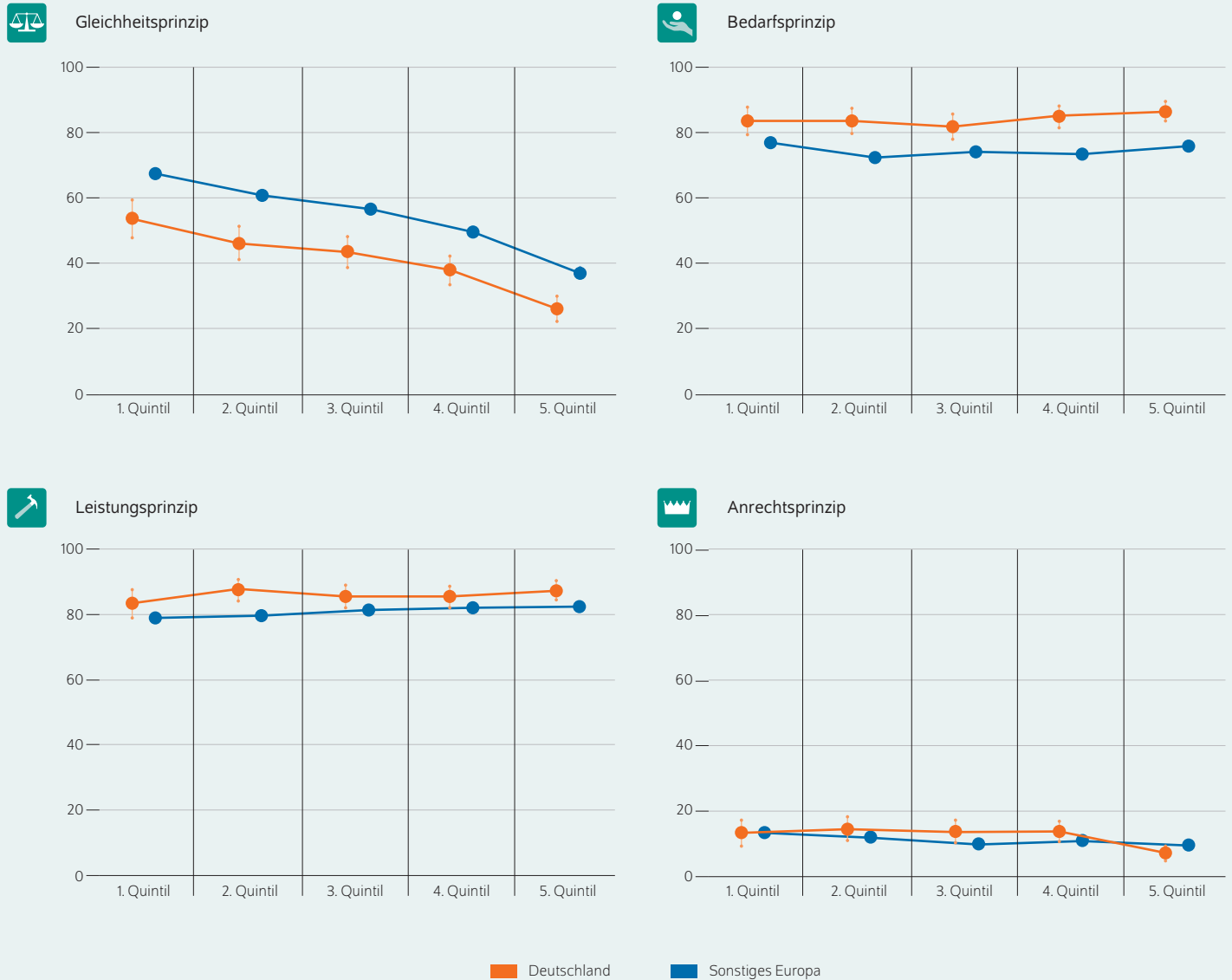
### Fazit: Bedarfs- und leistungsgerechte Löhne stärken

Die Ergebnisse der Befragungen zeigen sehr starke Ähnlichkeiten zwischen Deutschland und dem europäischen Durchschnitt. So werden beispielsweise die niedrigen Einkommen überall als ungerechterweise zu niedrig bewertet. Relativ einig ist man sich auch, dass Güter und Lasten in



Abbildung 7

### Zustimmung zu Verteilungsprinzipien nach Haushaltsnettoeinkommen In Prozent



Anmerkungen: Die vier Prinzipien konnten bewertet werden mit (1) „Stimme stark zu“, (2) „Stimme zu“, (3) „Weder noch“, (4) „Lehne ab“, (5) „Lehne stark ab“. Dargestellt ist der relative Anteil an Befragten, die einem Prinzip zustimmen, das heißt entweder den Skalenwert 1 oder 2 angaben. Einkommensquintile für Haushalte in Deutschland: unter 1 600 Euro (1. Quintil), 1 600 bis unter 2 350 Euro (2. Quintil), 2 350 bis unter 3 200 Euro (3. Quintil), 3 200 bis unter 4 500 Euro (4. Quintil), über 4 500 Euro (5. Quintil). Die Striche an den Punkten weisen die untere und obere Grenze des 95-Prozent-Konfidenzintervalls aus.

Quelle: European Social Survey, Welle 9 (2018): n = 27 116 (Deutschland: n = 2 049, sonstiges Europa: n = 25 067), gewichtet.

© DIW Berlin 2019

Dem Gleichheitsprinzip wird umso seltener zugestimmt, je höher die eigene Einkommensposition ist. Bei der Bewertung des Bedarfs-, Leistungs- und Anrechtsprinzips zeigt sich hingegen kein Zusammenhang mit der Einkommensposition.

einer Gesellschaft nach den Kriterien Bedarf und Leistung verteilt werden sollten.

Trotz vieler Übereinstimmungen gibt es aber auch Abweichungen: Unterschiede gibt es bei der Bewertung des eigenen Einkommens. Zwar steigt europaweit mit dem eigenen Einkommen auch der Anteil derjenigen, die sich gerecht entlohnt fühlen. Aber in Deutschland ist dieser Zusammenhang

besonders stark ausgeprägt, was auf eine hohe Relevanz der eigenen Einkommensposition hinweist.

Außerdem werden in Deutschland die obersten zehn Prozent der Einkommen seltener als ungerechterweise zu hoch bewertet als im restlichen Europa. Damit nehmen insbesondere Befragte aus Deutschland eine Spreizung der Erwerbseinkommen nicht per se als ungerecht wahr. Dies

## Kasten 2

## Gerechtigkeitsbewertungen

## Einkommensverteilung und eigenes Einkommen

Die Bewertung der Einkommensverteilung wurde in zwei Schritten erhoben: Die Befragten wurden zunächst gebeten, an die zehn Prozent der höchstverdienenden Vollzeitangestellten in ihrem Befragungsland zu denken und die Gerechtigkeit dieser Einkommen zu bewerten. Um die Bewertungen zwischen Personen (und Ländern) vergleichbar zu machen, wurden den Befragten Kontextinformationen zum tatsächlichen Bruttoverdienst der obersten zehn Prozent im Befragungsland präsentiert. In Deutschland betrug dieser beispielsweise über 5 800 Euro. Die Gerechtigkeitsbewertung erfolgte anhand einer neunstufigen Skala von –4 (äußerst ungerecht niedrig) bis +4 (äußerst ungerecht hoch). Die Skalenmitte (0) markiert eine gerechte Bezahlung. Eine Frage lautete beispielsweise: „Bitte denken Sie an die obersten zehn Prozent der Vollzeitbeschäftigten in Deutschland, die mehr brutto als 5 800 Euro pro Monat verdienen. Würden Sie sagen, dass diese Einkommen ungerecht niedrig, gerecht oder ungerecht hoch sind? Bitte denken Sie ganz allgemein an die Menschen, die Einkommen in dieser Höhe erhalten“ (Tabelle).

## Tabelle

## Neunstufige Skala zur Gerechtigkeitsbewertung

Ungerecht niedrige(s) Einkommen				gerechte(s) Einkommen	Ungerecht hohe(s) Einkommen			
äußerst ungerecht	sehr ungerecht	etwas ungerecht	ein wenig ungerecht		ein wenig ungerecht	etwas ungerecht	sehr ungerecht	äußerst ungerecht
–4	–3	–2	–1	0	+1	+2	+3	+4

Quelle: Eigene Darstellung.

© DIW Berlin 2019

Mit Hilfe derselben Antwortskala wurden die Teilnehmenden gebeten, ihre Einschätzungen bezüglich der untersten zehn Prozent der Einkommen der Vollzeitangestellten in ihrem Land abzugeben. Auch für diese Abfrage wurden Kontextinformationen zum tatsächlichen Einkommen präsentiert (unter 1 700 Euro für Deutschland).

Erwerbstätige Befragte bewerteten ebenfalls die Gerechtigkeit ihres eigenen Bruttoerwerbseinkommens. Auch diese Einschätzung konnte anhand der neunstufigen Skala von –4 (äußerst ungerecht niedrig) bis +4 (äußerst ungerecht hoch) abgestuft werden. Die Skalenmitte (0) markiert dabei eine gerechte Bezahlung.

## Prinzipien der gerechten Verteilung

Die Zustimmung zu den vier Verteilungsprinzipien<sup>1</sup> wurde über je eine Aussage pro Prinzip gemessen.

- **Gleichheitsprinzip:** „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Einkommen und Vermögen gleichmäßig auf alle Menschen verteilt sind.“
- **Leistungsprinzip:** „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn hart arbeitende Menschen mehr verdienen als andere.“
- **Bedarfsprinzip:** „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn sie sich um Arme und Bedürftige kümmert, unabhängig davon, was diese der Gesellschaft zurückgeben.“
- **Anrechtsprinzip:** „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Menschen aus Familien mit hoher gesellschaftlicher Stellung Privilegien in ihrem Leben genießen.“

Befragte konnten ihre Zustimmung oder Ablehnung mit Hilfe von fünf Antwortkategorien abstufen: (1) „Stimme stark zu“, (2) „Stimme zu“, (3) „Weder noch“, (4) „Lehne ab“, (5) „Lehne stark ab“. Die Antwortkategorien (1) und (2) werden in diesem Bericht als Zustimmung zusammengefasst.

<sup>1</sup> Die Abfrage folgt Sebastian Hülle, Stefan Liebig und Meike J. May (2018): Measuring Attitudes Toward Distributive Justice: The Basic Social Justice Orientations Scale. *Social Indicators Research* 136(2), 663–692.

spiegelt sich auch in der Bewertung der Verteilungsprinzipien wider. Deutschland befürwortet häufiger als der europäische Durchschnitt das Leistungsprinzip. Ungleiche Einkommen gelten durchaus als legitim, wenn sie auf anerkannten Verteilungsprinzipien basieren.<sup>6</sup> Insgesamt ist die Gleichheitsorientierung in Deutschland deutlich geringer als im restlichen Europa.

Zu niedrige Einkommen verstoßen gegen das besonders in Deutschland breit befürwortete Bedarfsprinzip und werden entsprechend übereinstimmend als ungerechterweise zu niedrig bewertet. Vollzeitbeschäftigte, die ihren Bedarf nicht sichern können, entsprechen auch nicht der Vorstellung

einer leistungsgerechten Entlohnung. Gerade in Deutschland ist der Niedriglohnbereich aber sehr groß. Mit dem Mindestlohn wurde in Deutschland zwar ein Instrument zur Anhebung der Löhne am unteren Rand der Einkommensverteilung geschaffen, dieser wird jedoch nicht in allen Beschäftigungsverhältnissen auch ausbezahlt.<sup>7</sup> So ist die Zahl der AufstockerInnen unter den Hartz-IV-Berechtigten trotz guter Konjunktur und Einführung des Mindestlohns kaum gesunken. Bedarfs- und leistungsgerechte Löhne sowie eine stärkere Kontrolle der Einhaltung des Mindestlohns sind nötig, damit die Ungleichheit bei den Erwerbseinkommen nicht als zu ungerecht empfunden wird.

<sup>6</sup> Einschränkung ist anzumerken, dass die Untersuchung keine Aussage über die Bewertung von extrem hohen Einkommen zulässt, wie sie etwa die obersten ein Prozent in der Einkommensverteilung verdienen.

<sup>7</sup> Alexandra Fedorets, Markus M. Grabka und Carsten Schröder (2019): Mindestlohn: Nach wie vor erhalten ihn viele anspruchsberechtigte Beschäftigte nicht. *DIW Wochenbericht* Nr. 28, 483–491 (online verfügbar).

**Jule Adriaans** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | [jadriaans@diw.de](mailto:jadriaans@diw.de)

**Philipp Eisnecker** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | [peisnecker@diw.de](mailto:peisnecker@diw.de)

**Stefan Liebig** ist Direktor der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel sowie wissenschaftliches Vorstandsmitglied des DIW Berlin | [sliebig@diw.de](mailto:sliebig@diw.de)

**JEL:** D31, D63, J30

**Keywords:** Europe, Earnings Justice, Principles of Justice, Social Justice

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 44+45/2019:

[www.diw.de/diw\\_weekly](http://www.diw.de/diw_weekly)



## INTERVIEW



Jule Adriaans ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin

# „Knapp die Hälfte der Befragten empfindet das eigene Einkommen durchaus als gerecht“

1. **Frau Adriaans, Sie haben die Wahrnehmung der Erwerbseinkommensgerechtigkeit in Deutschland mit der in anderen Ländern Europas verglichen. Was wird dabei in allen Ländern gleichermaßen als ungerecht empfunden?** Wir haben Menschen in vielen europäischen Ländern gefragt, wie gerecht sie die unteren und die oberen Einkommen in ihrem Land finden. Was wir dabei durchweg in ganz Europa sehen, ist, dass die unteren Einkommen, also die unteren zehn Prozent der Einkommen in einem Land, sehr häufig und überwiegend als ungerechterweise zu niedrig empfunden werden. Da identifizieren wir in ganz Europa ein Gerechtigkeitsdefizit.
2. **Wo liegen die wesentlichen Unterschiede zwischen den Bewertungen in Deutschland und denen in anderen europäischen Ländern?** Die Bewertungen sind doch recht vergleichbar. Wir haben uns vor allen Dingen erst einmal Deutschland angeschaut. Dann haben wir über alle anderen europäischen Länder einen Mittelwert gebildet. Wenn wir Deutschland mit diesem europäischen Durchschnitt vergleichen, sehen wir viele Übereinstimmungen, aber auch Unterschiede. Zum Beispiel fällt auf, dass in Deutschland die oberen zehn Prozent der Erwerbseinkommen von rund der Hälfte der Befragten durchaus als gerecht oder sogar als zu niedrig wahrgenommen werden. Das wird im Rest Europas ein bisschen ungerechter wahrgenommen.
3. **Also wird Ungleichheit nicht automatisch als ungerecht empfunden?** Genau. Es kommt darauf an, ob diese Ungleichheiten legitim sind oder nicht, und worauf sie beruhen. Unser Ansatzpunkt ist anzuschauen, ob diese Ungleichheiten gegen die Vorstellung von gerechten Verteilungen verstoßen. Und da kennen wir in der Gerechtigkeitsforschung vier verschiedene Prinzipien. Das sind Bedarfsgerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit, aber auch die Vorstellung, dass etwas nach dem Kriterium der Gleichheit verteilt werden sollte oder auf Basis von Anrechten. Ungleichheiten sind nicht per se ungerecht, aber sie sind dann ungerecht, wenn sie gegen diese Vorstellungen verstoßen.
4. **Wie bewerten die Befragten in Deutschland ihre eigene Einkommenssituation?** Knapp die Hälfte empfindet das eigene Einkommen durchaus als gerecht, das heißt aber auch, dass sich die andere Hälfte als ungerechterweise unterbezahlt wahrnimmt. Es gibt also schon die Wahrnehmung eines Gerechtigkeitsdefizites in Bezug auf das eigene Einkommen. Das ist wenig überraschend, denn wir wissen bereits aus der Forschung, dass das eigene Einkommen umso gerechter wahrgenommen wird, je höher es ist.
5. **Wie sieht es bei der Frage der Verteilung von Gütern und Lasten aus?** Wir haben die Menschen in Europa auch gefragt, wie sie die vier bereits genannten Prinzipien bewerten, also ob sie ihnen zustimmen oder nicht. Dabei sehen wir ein deutliches Bild. Die Verteilung von Gütern und Lasten in einer gerechten Gesellschaft sollte sich demnach vor allen Dingen an Bedarf und Leistung orientieren. Das sind zwei Prinzipien, die besonders viel Unterstützung finden. In Deutschland zeigt sich diesbezüglich eine besonders starke Zustimmung im Vergleich zum europäischen Durchschnitt.
6. **Welche politischen Handlungsempfehlungen lassen sich aus Ihren Ergebnissen ableiten?** Ein Gerechtigkeitsdefizit gibt es gerade in den unteren Einkommen – in Deutschland, aber auch in Europa. Viele Menschen sagen, die unteren Einkommen sind ungerechterweise zu niedrig. Hier könnte die Politik ansetzen. In Deutschland haben wir einen Mindestlohn, aber wir wissen aus anderen Untersuchungen, dass dieser nicht immer eingehalten wird. Ein Ansatzpunkt wäre zum Beispiel, mehr darauf zu achten, dass dieser Mindestlohn auch wirklich eingehalten wird. Aber wir wissen auch, dass Leistungsgerechtigkeit wichtig ist. Es ist also nicht nur wichtig, Löhne zu zahlen, die den individuellen Bedarf decken können, sondern auch Löhne, die die individuelle Leistung wertschätzen und anerkennen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf [www.diw.de/interview](http://www.diw.de/interview)

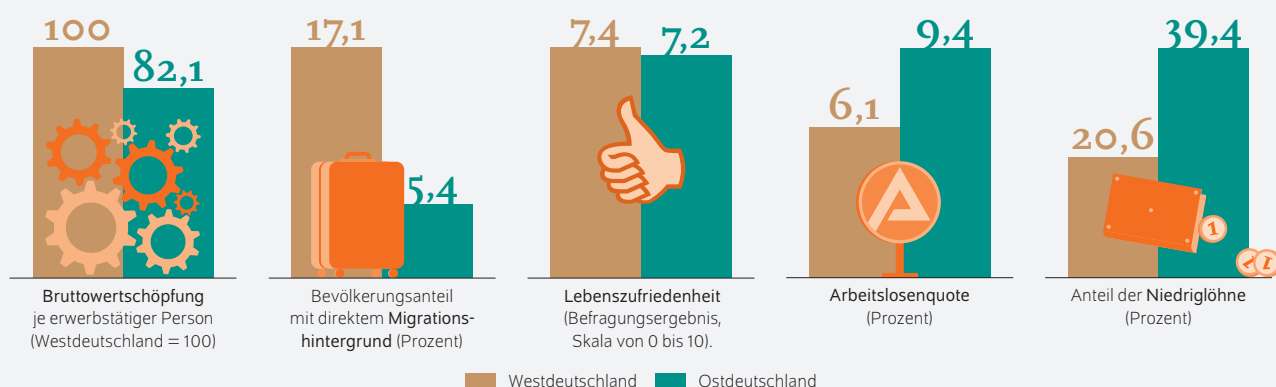
## 30 Jahre seit dem Mauerfall: Fortschritte und Defizite bei der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland

Von Peter Krause

- Vergleich der Entwicklungen der Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland seit der Wiedervereinigung auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels
- Drei Phasen der Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland lassen sich unterscheiden
- Deutliche Angleichung bei der Einkommensschichtung und der Lebenszufriedenheit
- Weiterer Aufholbedarf in Ostdeutschland bei der Wirtschaftskraft, den Anteilen hochqualifizierter Beschäftigter und der Verringerung des Armutsrisikos
- Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse bezieht sich immer weniger auf Ost-West-Vergleich

### Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland: weitgehende Angleichung bei der Lebenszufriedenheit, aber auch anhaltende sozio-ökonomische Unterschiede

Mittelwerte der Jahre 2015–2017



Quellen: Bruttowertschöpfung: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder (Ostdeutschland inklusive Berlin); alle anderen Indikatoren: SOEPv34 (Westdeutschland inklusive Westberlin)

© DIW Berlin 2019

### ZITAT

„Das Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse sollte sich in Zukunft stärker auf die regionale Vielfalt in allen Landesteilen beziehen.“

— Peter Krause, Studienautor —

### DATEN

Der Bericht basiert überwiegend auf dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEPv34).



# 30 Jahre seit dem Mauerfall: Fortschritte und Defizite bei der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland

Von Peter Krause

## ABSTRACT

Seit der Wiedervereinigung ist die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland ein wichtiges politisches Ziel. Dieser Bericht vergleicht anhand von Daten der amtlichen Statistik und des Sozio-oekonomischen Panels die Entwicklungen der Lebensbedingungen in beiden Landesteilen. Dabei ergibt sich ein gemischtes Bild. Bei der Schichtung der Einkommen und der Lebenszufriedenheit hat der Osten stark aufgeholt. Auch sozio-demographische Angleichungen sind zu erkennen, etwa beim steigenden Kinderanteil und den inzwischen ausgeglichenen Binnenwanderungen. In beiden Landesteilen sind die Einkommensungleichheit und die Armutsrisikoquoten gestiegen, die Quoten bei niedrigen Erwerbseinkommen und Niedriglohn haben sich erhöht, und der Anteil niedrig Qualifizierter an den Beschäftigten ist gesunken. Angleichungsdefizite zeigen sich für Ostdeutschland insbesondere bei der nach wie vor geringeren Wirtschaftskraft, einer geringeren Zunahme an hochqualifizierten Beschäftigten und höheren Anteilen von Beschäftigten mit Niedriglohn und geringen Erwerbseinkommen sowie höheren Armutsrisikoquoten. Anhaltende Ost-West-Unterschiede dürften auch durch den deutlich stärker ländlich geprägten Raum Ostdeutschlands verursacht sein. Zudem weisen die deutlich geringeren Anteile von Migranten auf weiter anhaltende regionsspezifische Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland hin.

Die zurückliegenden 30 Jahre nach dem Fall der Mauer waren für die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland durch Veränderungen der wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen geprägt. Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist Ziel der deutschen Politik<sup>1</sup> und wurde in Ostdeutschland durch umfassende Infrastruktur- und Transferleistungen gefördert. Für die ostdeutsche Bevölkerung änderten sich mit der Wiedervereinigung die politischen und wirtschaftlichen Strukturen grundlegend. Das institutionelle Gefüge der ehemaligen Bundesrepublik wurde auf das Beitrittsgebiet übertragen, und durch die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wurde das System der sozialen Marktwirtschaft<sup>2</sup> in Ostdeutschland eingeführt und umgesetzt.

Dieser Bericht vergleicht die Entwicklungen der Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland in fünf Bereichen seit Beginn der 1990er Jahre<sup>3</sup>: (1) gesamtwirtschaftliche Entwicklung, (2) Regionalstruktur, Sozio-Demografie und Migration, (3) Arbeitsmarkt, Erwerbseinkommen und Löhne, (4) Haushaltseinkommen und Ungleichheit sowie (5) Lebenszufriedenheit und wirtschaftliche Sorgen.<sup>4</sup> Dabei werden gemeinsame Entwicklungen und Angleichungsfortschritte

<sup>1</sup> Die Bundesregierung hat am 18. Juli 2018 die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ mit dem Ziel eingesetzt, mit Blick auf unterschiedliche regionale Entwicklungen und den demografischen Wandel in Deutschland Handlungsempfehlungen bis zum Ende der 19. Legislaturperiode zu erarbeiten. Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) (Hrsg.) (2019): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2019. Berlin (online verfügbar; abgerufen am 30. Oktober 2019). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt.

<sup>2</sup> Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion trat bereits am 1. Juli 1990 in Kraft – noch vor der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990.

<sup>3</sup> Der Bericht setzt damit frühere Berichterstattungen zur Ost-West-Angleichung fort. Vgl. Peter Krause und Ilona Ostner (Hrsg.) (2010): Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990–2010. Frankfurt a. M.; sowie Peter Krause et al. (2010): 20 Jahre Wiedervereinigung: Wie weit Ost- und Westdeutschland zusammengerückt sind. DIW Wochenbericht Nr. 44, 2–12 (online verfügbar).

<sup>4</sup> Der vorliegende Bericht legt den Schwerpunkt auf die Verteilung von Lebensbedingungen in der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland. Andere Publikationen fokussieren stärker auf wirtschaftliche Entwicklungen oder aggregierte Indikatoren; vgl. Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) (Hrsg.) (2019): Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall. Halle (Saale) (online verfügbar); BMWi (2019), a. a. O.; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.) (2015): So geht Einheit. Wie weit das einst geteilte Deutschland zusammengewachsen ist (online verfügbar); sowie Joachim Ragnitz et al. (2019): Der Graben zwischen Ost und West – welche Politik hilft gegen Ungleichheit? ifo Schnelldienst 16 (online verfügbar).

auf Grundlage von Daten der amtlichen Statistik<sup>5</sup> und von personenbezogenen Verteilungsinformationen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)<sup>6</sup> ermittelt.<sup>7</sup>

Der Zeitraum seit dem Mauerfall kann in drei Entwicklungsphasen mit unterschiedlichen Angleichungsschwerpunkten zusammengefasst werden: eine erste Phase der institutionellen und sozialpolitischen Angleichung (1990–1994), eine zweite Phase wechselhafter Entwicklungen auf dem gemeinsamen Arbeitsmarkt (1995–2009), sowie eine dritte Phase der wirtschaftlichen und sozialen Angleichung (seit 2010).

### Gesamtwirtschaftliche Entwicklung bis 2009 wechselhaft, danach positiv

Mit der Wiedervereinigung erfolgte in Ostdeutschland die Privatisierung der zuvor staatlich geleiteten Wirtschaftsunternehmen durch die Treuhand.<sup>8</sup> Die neuen Unternehmen waren den Anforderungen des westlichen Marktes vielfach nicht gewachsen, was zu einem Abbau der vormals hohen Erwerbsquoten sowie einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit führte. Zugleich stiegen mit dem Systemwechsel die Produktivität der verbliebenen Betriebe und die ostdeutsche Wirtschaftsleistung (BIP) stark an (Abbildung 1 oben).

Bereits in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre verlangsamten sich die Angleichungsfortschritte. In dieser Zeit fiel die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands im europäischen Vergleich zurück.<sup>9</sup> Die ostdeutsche Bevölkerung wurde von einer schwachen wirtschaftlichen Entwicklung, die bis Mitte der 2000er Jahre anhielt, überproportional betroffen. Die Arbeitslosenquote stieg in Ostdeutschland nach einem bereits deutlichen Anstieg zu Beginn der 1990er Jahre weiter an, bis zu einem Höchststand von 20,6 Prozent im Jahr 2005 (Abbildung 1 unten). Sie lag damit nahezu doppelt so hoch wie in Westdeutschland (11,0 Prozent). Danach ist die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland kontinuierlich zurückgegangen und die ostdeutsche Wirtschaftsleistung und Produktivität haben sich weiter erhöht.

<sup>5</sup> Zur Beschreibung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung werden Daten des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit verwendet.

<sup>6</sup> Das SOEP ist eine repräsentative jährliche Wiederholungsbefragung privater Haushalte und Personen, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 auch in Ostdeutschland durchgeführt wird: vgl. Jan Goebel et al. (2019): The German Socio-Economic Panel (SOEP). *Journal of Economics and Statistics*, 239 (2), 345–360; Marco Giesselmann et al. (2019): The Individual in Context(s): Research Potentials of the Socio-Economic Panel Study (SOEP) in Sociology. *European Sociological Review*, 35 (5), 738–755. Den Auswertungen liegt die Daten-Version SOEPv34 zugrunde.

<sup>7</sup> Sofern nicht anders ausgewiesen, beziehen sich die Ost-West-Abgrenzungen im SOEP auf den aktuellen Wohnort im jeweiligen Bundesland. Berlin wird dabei anhand von Postleitzahlbezirken in West- und Ost-Berlin (weiterhin) getrennt zugewiesen.

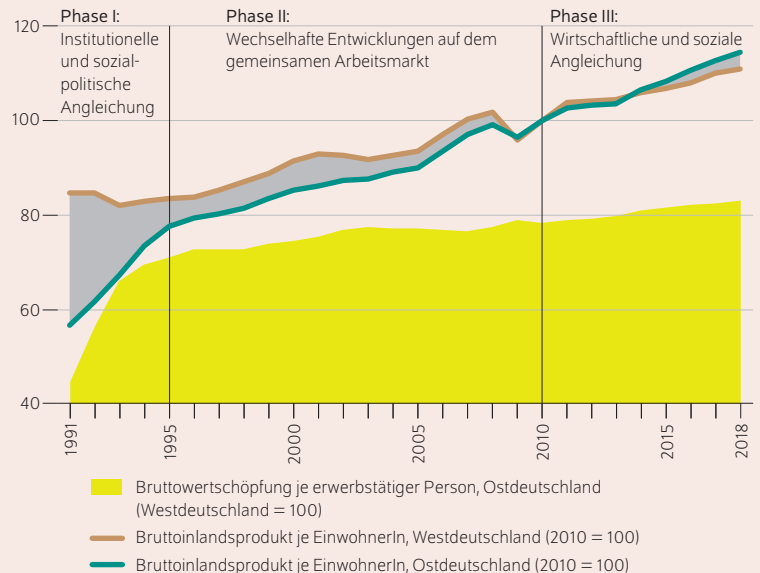
<sup>8</sup> Der Treuhand unterstanden zeitweise 12 534 Unternehmen. Die Zahl der in Treuhand-Betrieben Beschäftigten sank zwischen 1990 und 1994 von 4 Millionen auf 1,5 Millionen. Bis 1994 waren mutmaßlich bereits die meisten Ostprodukte aus den Lebensmittelregalen verschwunden. Vgl. Phillip Ther (2019): Das andere Ende der Geschichte. Über die Große Transformation. Suhrkamp, 80 ff.; Marcus Böick (2018): Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung 1990–1994. Göttingen.

<sup>9</sup> Deutschland galt wirtschaftlich als der „kranke Mann Europas“, vgl. Ther (2019), a. a. O., 73; sowie The Economist (1999): The sick man of the euro. Ausgabe vom 3. Juni 1999 (online verfügbar).

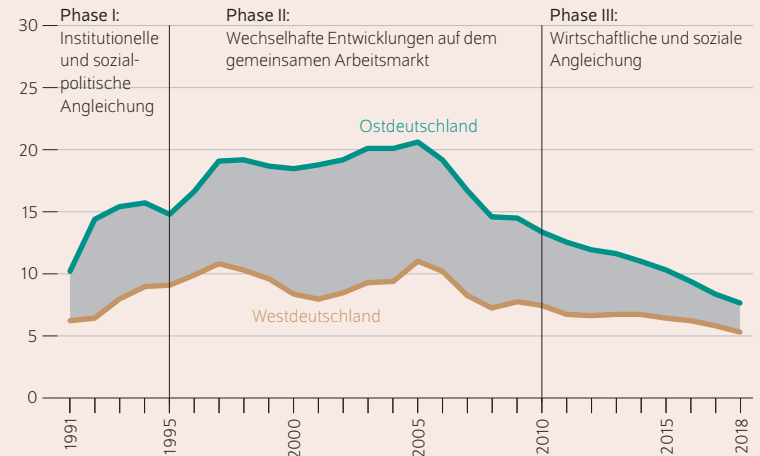
Abbildung 1

### Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Ost- und Westdeutschland

Produktivität (Index, Westdeutschland=100)  
und Bruttoinlandsprodukt (Index, 2010=100)



### Arbeitslosenquote (Prozent)



Anmerkungen: Ostdeutschland einschließlich Berlin. Arbeitslosenquote bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen. Bruttowertschöpfung je erwerbstätiger Person: Inland, in jeweiligen Preisen. Bruttoinlandsprodukt je EinwohnerIn in Preisen von 2010.

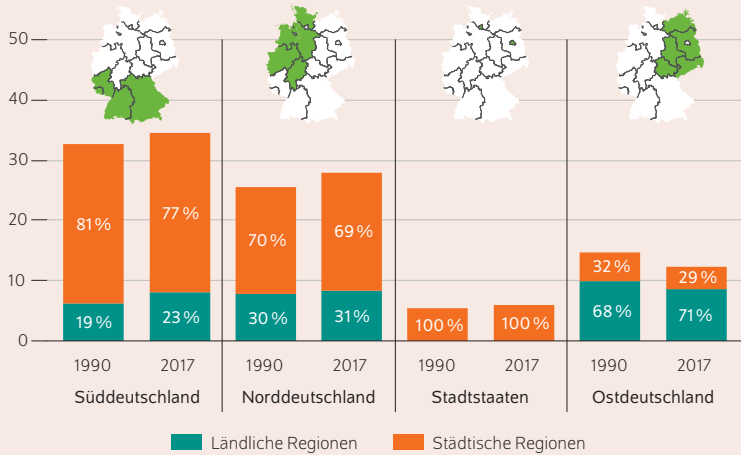
Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Die Produktivität in Ostdeutschland liegt immer noch rund 17 Prozent unter der Westdeutschlands. Die Arbeitslosigkeit ist vor allem in Ostdeutschland bis 2005 stark gestiegen und danach deutlich gesunken.

Abbildung 2

### Bevölkerungsentwicklung in verschiedenen Regionen In Millionen Personen



Anmerkungen: Ländliche Regionen gemäß Abgrenzung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Ländliche Kreise). Süddeutschland: Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland. Norddeutschland: Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein. Stadtstaaten: Berlin, Bremen, Hamburg. Ostdeutschland: Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen.

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf SOEPv34.

© DIW Berlin 2019

In Ostdeutschland ist die Bevölkerung geschrumpft, und die Anteile ländlicher Regionen sind sehr hoch.

Die globale Finanzkrise führte Ende des Jahres 2008 zu einem schockartigen Einbruch der gesamtdesischen Wirtschaft, die aber durch massive sozial-, fiskal- und wirtschaftspolitische Maßnahmen<sup>10</sup> in Ost- und Westdeutschland begrenzt und relativ zeitnah weithin wieder ausgeglichen werden konnte.

Seit 2010 hat sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Ost- und Westdeutschland weiter kontinuierlich verbessert. Die Arbeitslosenquoten verringerten sich nochmals und die Wirtschaftsleistung stieg weiter an. Im Jahr 2018 betrug die Produktivität in Ostdeutschland, gemessen als Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigem, rund 83 Prozent des westdeutschen Vergleichswertes.<sup>11</sup>

### Unterschiede bei Regionalstruktur, Sozio-Demografie und Migration

Ost- und Westdeutschland unterscheiden sich grundsätzlich in ihrer Bevölkerungsentwicklung und regionalen Struktur (Abbildung 2). Die ostdeutschen Flächenländer sind deutlich stärker ländlich geprägt. Von 1990 bis 2017 stieg der

Bevölkerungsanteil in ländlichen Regionen in Ostdeutschland von 68 auf 71 Prozent. In den Flächenländern West- und Norddeutschlands liegt dieser Anteil viel niedriger; er stieg im gleichen Zeitraum in Süddeutschland von 19 auf 23 Prozent und in Norddeutschland von 30 auf 31 Prozent. Die ländliche Prägung Ostdeutschlands hat sich durch hohe Abwanderungen seit der Wiedervereinigung noch verstärkt. Die ostdeutschen Flächenländer haben seit der Wiedervereinigung insgesamt 16 Prozent ihrer Bevölkerung verloren. Dabei ging die Bevölkerung in den städtischen Regionen<sup>12</sup> zwischen 1990 und 2017 mit 23 Prozent besonders zurück, in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands waren es 13 Prozent. Nord- und Süddeutschland sowie die Stadtstaaten<sup>13</sup> verzeichneten demgegenüber einen – regional differenzierten – Bevölkerungszuwachs.<sup>14</sup>

Der Systemwechsel nach dem Mauerfall führte insbesondere bei jungen Erwachsenen in Ostdeutschland vielfach zu einer Zurückstellung der Familienplanung, verbunden mit einem plötzlichen, erheblichen Geburtenrückgang. Außerdem kam es zu starken Abwanderungen von Ost- nach Westdeutschland unmittelbar nach der Wiedervereinigung sowie zwischen 2000 und 2005, insbesondere von Jüngeren im Alter von 20–30 Jahren. Vor allem in der ersten Hälfte der 1990er Jahre wanderten mehr Frauen als Männer aus Ostdeutschland ab, hingegen wanderten mehr Männer als Frauen zu. Dies führte in Teilen Ostdeutschlands zu einem zeitweise erhöhten Frauenmangel.<sup>15</sup> Infolge dieser geschlechtsdifferenzierten Wanderungsverluste<sup>16</sup>, Geburtenausfälle<sup>17</sup> und zunehmender Lebenserwartung<sup>18</sup> haben sich die Altersstruktur und sozio-demografischen Haushaltszusammensetzungen in Ostdeutschland gewandelt.

Die vormals eher jüngere ostdeutsche Bevölkerung hat sich – schneller als in Westdeutschland – zu einer eher älteren Bevölkerungsschichtung entwickelt (Abbildung 3 oben). Grund hierfür waren Geburtenausfälle, Abwanderungen und auch eine weit geringere externe Zuwanderung. Der Bevölkerungsanteil von Familien mit ein bis zwei Kindern sank in Ostdeutschland von 38 Prozent im Zeitraum 1990–1994

<sup>12</sup> Ohne Berlin; Berlin (West und Ost) zählt hierbei zu den Stadtstaaten.

<sup>13</sup> Stadtstaaten: Berlin (West und Ost), Hamburg, Bremen.

<sup>14</sup> Während sich im Norden städtische und ländliche Regionen gleichförmig entwickelten, erfolgte der Bevölkerungszuwachs im Süden nahezu ausschließlich in den ländlichen Gebieten – mutmaßlich infolge des starken Anstiegs der Wohnungs- und Mietpreise in vielen städtischen Regionen Süddeutschlands.

<sup>15</sup> Vgl. dazu die folgenden Beiträge in Krause und Ostner (Hrsg.) (2010), a. a. O.: Thomas Klein, Johannes Stauder und Armando Häring: Gelegenheiten des Kennenlernens. Der Partnermarkt in Ost- und Westdeutschland, 187–209; Wiebke Rösler: Die ost-westdeutsche Partnerwahl. Wanderungen, Vorurteile, Wohlstandsunterschiede, 211–226; sowie Michael Windzio: Die Abwanderung Arbeitsloser von Ost- nach Westdeutschland. Zur institutionellen Bindewirkung des Wohlfahrtsstaates, 277–298.

<sup>16</sup> Das Ost-West-Binnenwanderungssaldo ist seit 2010 ausgeglichen. Vgl. Berlin-Institut (2015), a. a. O., 16; sowie IWH (2019), a. a. O., 35.

<sup>17</sup> Die Geburtenrate in Ostdeutschland ist nach der Wiedervereinigung stark abgesunken. Um 2005/2006 hat sie sich wieder an das westdeutsche Niveau angeglichen. Der Anteil der kinderlosen Frauen ist in Westdeutschland weiterhin höher. Berlin-Institut (2015), a. a. O., 12–13.

<sup>18</sup> Die Lebenserwartung hat sich in Ostdeutschland seit 1990 bei Frauen inzwischen gänzlich und bei Männern weitgehend an das höhere Westniveau angeglichen. Berlin-Institut (2015), a. a. O., 48.

<sup>10</sup> Vgl. Thomas Bahle und Peter Krause (2017): Child Poverty during the Recession in Germany. In: Bea Cantillon et al. (Hrsg.): Children of Austerity. Impact of the Great Recession on Child Poverty in Rich Countries. Unicef. Oxford, 56–93.

<sup>11</sup> Die anhaltenden Produktivitätsunterschiede gegenüber Westdeutschland gehen einher mit geringeren Betriebsgrößen und einem geringeren Anteil an (großen) Firmenzentralen. Produktivitätsunterschiede bestehen aber auch bei kleineren Betriebsgrößen und sind in ländlichen Regionen kleiner, vgl. IWH (2019), a. a. O., 35–37.

auf 22 Prozent im Zeitraum 2015–2017<sup>19</sup> (Tabelle 1). Er sank damit auf einen Wert unterhalb des Westniveaus (in Westdeutschland gab es einen Rückgang von 30 Prozent auf 25 Prozent). Damit einhergehend hat sich in den gleichen Zeiträumen auch der Bevölkerungsanteil der jüngeren – überwiegend männlichen – Ein-Personen-Haushalte in Ostdeutschland von vier Prozent auf zwölf Prozent erhöht (in Westdeutschland von sieben Prozent auf neun Prozent). Dies spiegelt auch die Folgen des Geburtenausfalls und des geschlechtsdifferenten Wanderungsmusters wider.<sup>20</sup>

Markant sind weiterhin die Unterschiede in den Bevölkerungsanteilen mit Migrationshintergrund und bei Schutzsuchenden<sup>21</sup>. Der Anteil der Bevölkerung mit direktem Migrationshintergrund (Zuzug aus dem Ausland) stieg in Westdeutschland von elf Prozent im Zeitraum 1990–1994 auf 15 Prozent im Zeitraum 2010–2017, und der Anteil der Bevölkerung mit indirektem Migrationshintergrund (Kinder von Migranten) stieg von fünf Prozent auf elf Prozent (Abbildung 3 unten).<sup>22</sup> In Ostdeutschland gibt es viel weniger Menschen mit Migrationshintergrund. Hier stieg der Bevölkerungsanteil mit direktem Migrationshintergrund in den gleichen Zeiträumen lediglich von zwei Prozent auf vier Prozent und der Anteil mit indirektem Migrationshintergrund von einem Prozent auf drei Prozent. Der Bevölkerungsanteil an Schutzsuchenden ist in beiden Landesteilen deutlich geringer. Er lag für Personen mit direktem Asyl- oder Fluchthintergrund<sup>23</sup> im Zeitraum 2010–2017 in Westdeutschland bei zwei Prozent und in Ostdeutschland bei 0,4 Prozent.<sup>24</sup>

### Angleichung auf dem Arbeitsmarkt, wechselhafte Entwicklungen bei Erwerbseinkommen und Löhnen

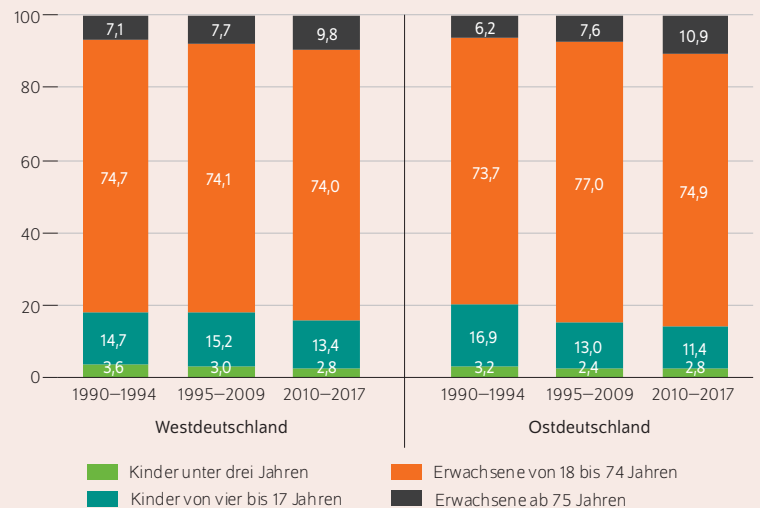
In Westdeutschland sind die Erwerbstätigenquoten der 25- bis 64-Jährigen seit der Wiedervereinigung gestiegen und haben zuletzt mit über 80 Prozent einen neuen Höchststand erzielt. Grund hierfür war insbesondere eine erhöhte Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie von älteren ArbeitnehmerInnen (Abbildung 4).<sup>25</sup> Dabei hat sich die Frauen-Erwerbsbeteiligung in Westdeutschland der – vormals höheren – Frauen-Erwerbsbeteiligung in Ostdeutschland angeglichen.

Abbildung 3

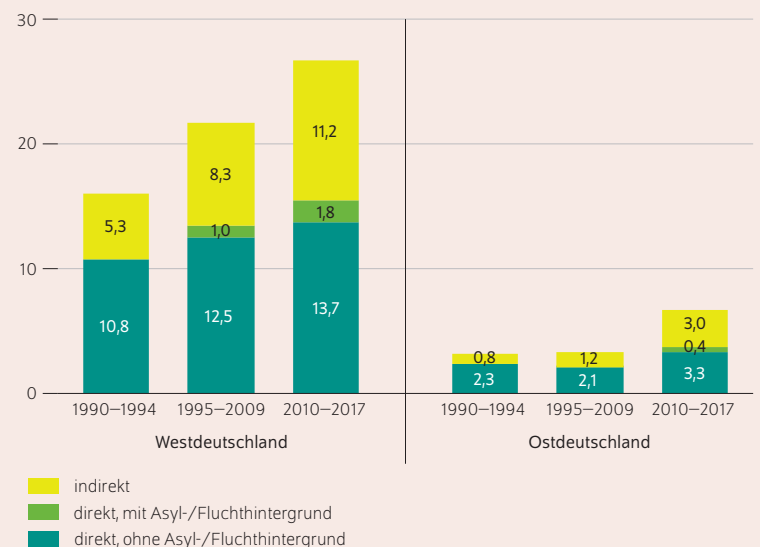
### Bevölkerung nach Altersgruppen und Migrationshintergrund in Ost- und Westdeutschland

Anteile in Prozent

Altersgruppen



Migrationshintergrund



Anmerkungen: Ostdeutschland einschließlich Berlin-Ost. Menschen mit direktem Migrationshintergrund sind selbst aus dem Ausland zugezogen; Kinder von Migranten haben einen indirekten Migrationshintergrund.

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf SOEPv34.

© DIW Berlin 2019

In Ostdeutschland kam es schneller als in Westdeutschland zu einer älteren Bevölkerungsschichtung, und es gibt dort nach wie vor viel weniger Menschen mit Migrationshintergrund.

<sup>19</sup> Für die Beschreibung des aktuellen Rands werden im Folgenden meist Durchschnittswerte für den Zeitraum 2015 bis 2017 verwendet.

<sup>20</sup> Vgl. Katja Salomo (2019): Abwanderung, Alterung, Frauenschwund. Die verkannte Gefahr für eine offene Gesellschaft. WZB-Mitteilungen Heft 165, 10–12 (online verfügbar).

<sup>21</sup> Schutzsuchende sind Geflüchtete und Asylbewerber.

<sup>22</sup> Zuwanderungen aus den (westlichen) EU-Ländern kamen dabei vor allem westlichen Landesteilen zugute; vgl. IWH (2019), a. a. O., 52.

<sup>23</sup> Hierbei werden nur Geflüchtete mit Migrationshintergrund gezählt. Innerdeutsche Fluchtbewegungen infolge des zweiten Weltkriegs oder DDR-Geflüchtete (vor 1989) bleiben unberücksichtigt.

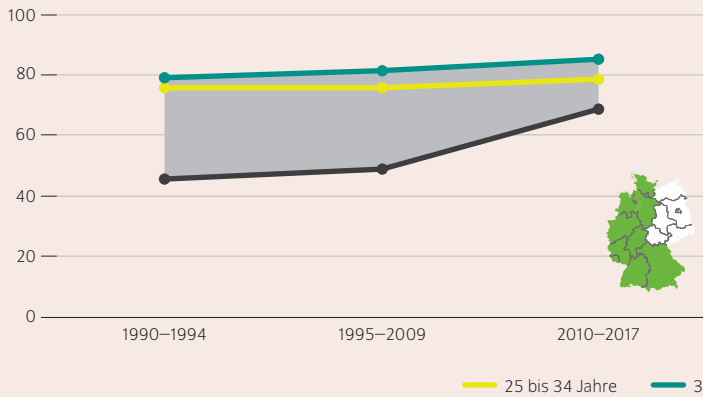
<sup>24</sup> Zuletzt sind diese Anteile noch etwas gestiegen. Im Zeitraum 2015–2017 betrug der Bevölkerungsanteil der Schutzsuchenden in Westdeutschland 2,4 Prozent, in Ostdeutschland 0,8 Prozent.

<sup>25</sup> Die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Älteren traf Männer (65) und Frauen (60) unterschiedlich wegen der Angleichung des Renteneintrittsalters, Vorruhestands- und Übergangsregelungen (63) sowie der Erhöhung des Renteneintrittsalters (ab 67).

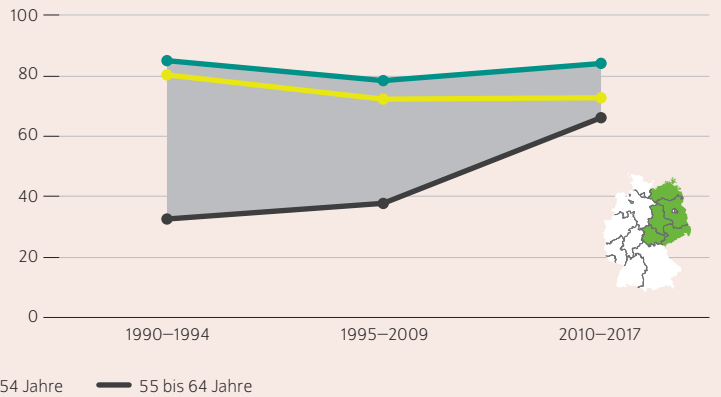
Abbildung 4

## Erwerbstätigenquote In Prozent

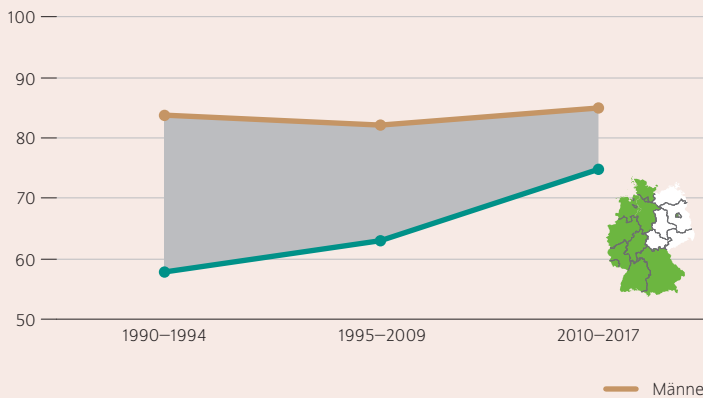
### Westdeutschland nach Altersgruppen



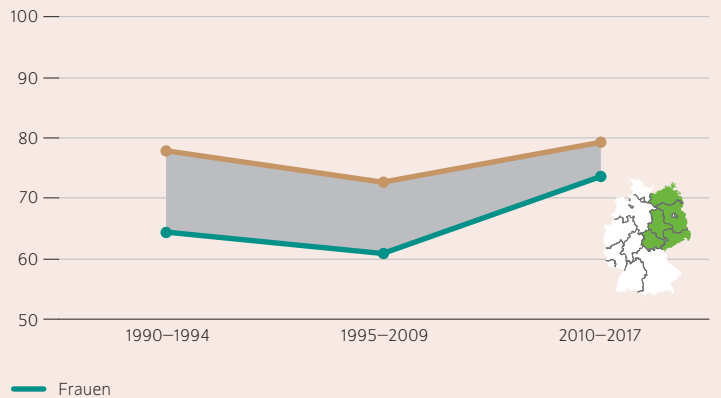
### Ostdeutschland nach Altersgruppen



### Westdeutschland nach Geschlecht



### Ostdeutschland nach Geschlecht



Anmerkungen: Ostdeutschland einschließlich Berlin-Ost. Bevölkerung im Befragungsalter von 25 bis 64 Jahren. Erwerbstätigenquote ohne arbeitslos gemeldete Personen und Personen in Mutterschutz, Elternzeit, Wehr- und Zivildienst.

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf SOEPv34.

© DIW Berlin 2019

Die Erwerbstätigkeit von älteren Personen und Frauen nahm in beiden Landesteilen zuletzt deutlich zu.

Tabelle 1

## Bevölkerung nach ausgewählten Haushaltstypen in Ost- und Westdeutschland In Prozent

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	1990-1994	1995-2009	2010-2017	darunter: 2015-2017	1990-1994	1995-2009	2010-2017	darunter: 2015-2017
Ein-Personen-Haushalt bis 54 Jahre	6,9	7,9	8,8	8,8	4,2	8,1	11,7	11,9
davon: männlich (in Prozent)	57,1	59,8	57,4	57,4	70,3	69,2	65,0	64,9
Familien-Haushalt mit ein bis zwei Kindern	30,1	30,5	25,9	25,5	38,3	28,0	20,9	21,6
Ein-Eltern-Haushalt mit einem und mehr Kindern	3,2	4,4	4,5	4,4	4,1	5,3	6,0	6,2

Anmerkung: Ostdeutschland einschließlich Berlin Ost.

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf SOEPv34.

© DIW Berlin 2019

Die Zahl der – überwiegend männlichen – Ein-Personen-Haushalte ist in Ostdeutschland stark gestiegen.



Tabelle 2

Entwicklung der Erwerbseinkommen und Löhne in Ost- und Westdeutschland<sup>1</sup>

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	1990–1994	1995–2009	2010–2017	darunter: 2015–2017	1990–1994	1995–2009	2010–2017	darunter: 2015–2017
<b>Brutto-Erwerbseinkommen</b>								
Arithmetisches Mittel (Euro pro Monat)	2 845	3 021	2 984	3 050	1 684	2 272	2 306	2 388
Median (Euro pro Monat)	2 620	2 754	2 653	2 700	1 527	2 081	2 047	2 100
Median (Vollzeit, Euro pro Monat)	2 701	2 953	2 991	3 069	1 547	2 110	2 239	2 321
Gini-Koeffizient	0,30	0,34	0,37	0,37	0,23	0,29	0,33	0,33
Niedrigeinkommen <sup>2</sup> (Prozent)	19,9	26,3	30,5	30,9	54,3	39,7	44,4	44,6
<b>Stundenlöhne</b>								
Arithmetisches Mittel (Euro pro Stunde)	18,0	19,0	18,9	19,4	9,4	13,6	14,2	14,8
Median (Euro pro Stunde)	15,7	16,9	16,5	16,9	8,5	12,1	12,4	12,8
Median (Vollzeit, Euro pro Stunde)	15,3	16,9	17,0	17,4	8,3	11,7	12,5	13,1
Gini-Koeffizient	0,28	0,29	0,30	0,30	0,23	0,28	0,30	0,29
Niedriglöhne <sup>3</sup> (Prozent)	10,4	16,0	20,5	20,6	57,5	37,0	39,8	39,4

1 Bevölkerung im Befragungsalter von 25 bis 64 Jahren.

2 Niedrigeinkommen Gesamtdeutschland: ≤ 66 Prozent des Medianeinkommens aus Vollzeitarbeitsverhältnissen (≥ 30 Stunden/Woche).

3 Niedriglöhne Gesamtdeutschland: ≤ 66 Prozent des Medianstundenlohns aus Vollzeitarbeitsverhältnissen (≥ 30 Stunden/Woche).

Anmerkungen: Ostdeutschland einschließlich Berlin-Ost. Erwerbseinkommen und Löhne preisbereinigt zu Preisen von 2017, bis 1997 getrennt für Ost- und Westdeutschland. Berechnung des Stundenlohns: Monatliches Bruttoerwerbseinkommen (imputiert) / (Arbeitszeit × 13/3). Arbeitszeit: „Vertraglich vereinbarte Arbeitszeit“, wenn Arbeitszeitkonto oder Ausgleichsfrist vorhanden oder Überstunden (teils) abgefeiert; „tatsächliche Arbeitszeit“ wenn Überstunden bezahlt oder nicht abgegolten werden.

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf SOEPv34.

© DIW Berlin 2019

Die Anteile der Erwerbstätigen mit Niedrigeinkommen und -löhnen haben auch in Westdeutschland seit der Wiedervereinigung zugenommen, sind aber niedriger als in Ostdeutschland.

Die Struktur der Beschäftigten (im Alter von 25 bis 64 Jahren) hat sich in beiden Landesteilen seit der Wiedervereinigung verändert. In Westdeutschland verringerte sich der Anteil von un- und angelernten ArbeiterInnen von 17 Prozent im Zeitraum 1990–1994 auf 13 Prozent im Zeitraum 2010–2017; der Anteil von FacharbeiterInnen und MeisterInnen sank von 17 auf elf Prozent (Abbildung 5). Erhöht hat sich hingegen der Anteil von einfachen Angestellten (von zwölf auf 14 Prozent), von qualifizierten Angestellten (von 22 auf 27 Prozent) sowie von leitenden Angestellten (von zwölf auf 17 Prozent).

Der ostdeutsche Arbeitsmarkt unterlag durch den rapiden Erwerbsabbau bereits seit Beginn der 1990er Jahre wirtschaftlichen Spannungen, die sich in der wirtschaftlichen Schwächeperiode nach 2000 noch verstärkten. Unmittelbar nach der Wiedervereinigung sanken zunächst durch den Erwerbsabbau die vormals hohen Erwerbstätigenquoten der 25- bis 64-Jährigen aufgrund der höheren Arbeitslosigkeit unter die der westdeutschen Bevölkerung, sie stiegen bis 2017 aber wieder an (Abbildung 4). Dabei veränderte sich auch die Struktur der Erwerbstätigen. Der Anteil der FacharbeiterInnen und MeisterInnen verringerte sich von gut 35 Prozent im Zeitraum 1990–1994 auf knapp 18 Prozent im Zeitraum 2010–2017. Dagegen erhöhte sich der Anteil der einfachen Angestellten von 11 auf 16 Prozent sowie der qualifizierten Angestellten von 17 auf knapp 24 Prozent. Der Beschäftigtenanteil von qualifizierten, hochqualifizierten und leitenden Berufen hat sich insgesamt erhöht, liegt aber weiterhin niedriger als in Westdeutschland.

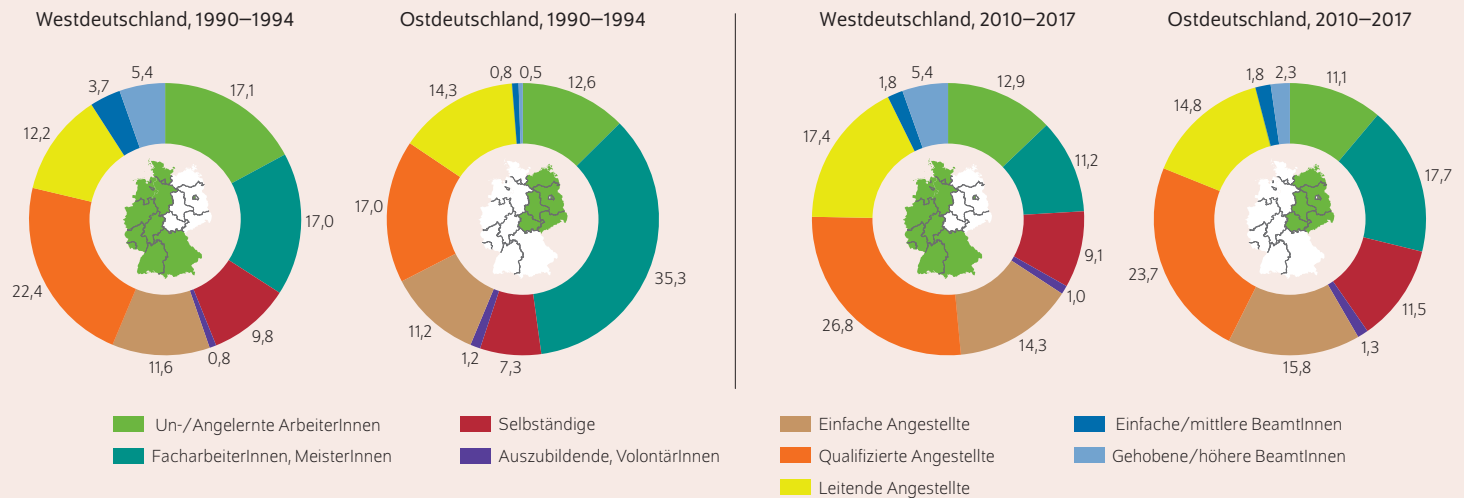
Die Entwicklung der Erwerbseinkommen und Löhne verlief in Ost- und Westdeutschland wechselhaft (Tabelle 2). In Ostdeutschland erhöhten sich die nach der Wiedervereinigung zunächst sehr niedrigen Erwerbseinkommen und Löhne, und die anfangs hohen Niedrigeinkommens- und Niedriglohnquoten gingen zunächst zurück. Infolge der wirtschaftlichen Schwächephase nach dem Jahrtausendwechsel erhöhte sich aber in beiden Landesteilen der Anteil von gering vergüteten Beschäftigungsverhältnissen<sup>26</sup>, und die Ungleichheit der Erwerbseinkommen stieg bis Mitte der 2000er Jahre. Die mittleren Erwerbseinkommen und Stundenlöhne entwickelten sich zeitweise rückläufig oder stagnierten, stiegen aber zuletzt wieder etwas an. In Ostdeutschland lagen die Anteile der Niedrigeinkommen und Niedriglöhne seit der Wiedervereinigung durchweg über den westdeutschen Vergleichswerten. Im Zeitraum 2015–2017 waren 31 Prozent aller westdeutschen und knapp 45 Prozent aller ostdeutschen Erwerbstätigen von geringen Erwerbseinkommen sowie 21 Prozent aller westdeutschen und 39 Prozent aller ostdeutschen Erwerbstätigen von Niedriglohn betroffen.<sup>27</sup>

<sup>26</sup> Vgl. Markus M. Grabka und Carsten Schröder (2019): Der Niedriglohnsektor in Deutschland ist größer als bislang angenommen. DIW Wochenbericht Nr. 14, 249–257 (online verfügbar).

<sup>27</sup> Niedrigeinkommen und Niedriglöhne werden anhand gesamtdeutscher Schwellenwerte berechnet (vgl. Anmerkungen in Tabelle 2).

Abbildung 5

### Berufliche Stellung der Erwerbstätigen in Ost- und Westdeutschland Anteile in Prozent



Anmerkung: Ostdeutschland einschließlich Berlin-Ost. Bevölkerung im Befragungsalter von 25 bis 64 Jahren.

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf SOEPv34.

© DIW Berlin 2019

Der Anteil von FacharbeiterInnen und MeisterInnen ist in Ostdeutschland besonders stark gesunken.

### Haushaltseinkommen und Ungleichheit gestiegen

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte geben Auskunft über die materiellen Lebensbedingungen von allen Haushaltsmitgliedern.<sup>28</sup> Die mittleren Vorjahreseinkommen (Median, preisbereinigt)<sup>29</sup> haben sich in Westdeutschland von der Wiedervereinigung bis 2009 im langjährigen Mittel nicht erhöht und sind erst im Zuge des folgenden wirtschaftlichen Aufschwungs auf 22 354 Euro im Jahr 2017 gestiegen (Abbildung 6). In Ostdeutschland haben sich die verfügbaren Einkommen seit der Wiedervereinigung deutlich erhöht, die relativen Abstände der Median-Einkommen verharren aber seit Mitte der 1990er Jahre auf etwa 85 Prozent des West-Niveaus.

Die Einkommensverteilung hat sich seit der Wiedervereinigung in West- und Ostdeutschland auch in ihrer Schichtung verändert. Die Bevölkerungsanteile bei den höheren

und unteren Einkommen sind (gemessen am gesamtdeutschen Median) jeweils gestiegen (Abbildung 7). Die vormals breiten mittleren Einkommensschichten haben hingegen Bevölkerungsanteile verloren. Die verfügbaren Haushaltseinkommen in Ostdeutschland befanden sich nach der Wiedervereinigung vorwiegend in der unteren Einkommenshälfte der gesamtdeutschen Verteilung. Nach Einkommenszuwachsen und zunehmender Einkommensspreizung sind die Osteinkommen inzwischen auch in den mittleren und höheren Einkommensschichten der gesamtdeutschen Verteilung breiter vertreten, bleiben aber weiterhin in den unteren Einkommensschichten überrepräsentiert.

Die Risikoquote zur Einkommensarmut hat sich in Westdeutschland (wiederum gemessen am gesamtdeutschen Median) von zehn Prozent im Zeitraum 1992–1994 auf 14 Prozent im Zeitraum 2010–2017 erhöht. In Ostdeutschland wuchs die entsprechende Armutsrisikoquote ungeachtet der Einkommenszuwächse ebenfalls, und sie lag durchgehend auf höherem Niveau als in Westdeutschland (17 Prozent im Zeitraum 1992–1994 und 20 Prozent 2010–2017).

Die Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen in Ostdeutschland hat sich seit der Wiedervereinigung vergrößert und liegt inzwischen etwa auf dem westdeutschen Ungleichheitsniveau zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung. Der Einkommensanteil der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung ist gestiegen und lag im Zeitraum 2015–2017 in Westdeutschland bei 22 Prozent und in Ostdeutschland bei 21 Prozent; der Anteil der ärmsten 40 Prozent ist hingegen in Westdeutschland auf 23 Prozent und

<sup>28</sup> Vgl. Markus M. Grabka, Jan Goebel und Stefan Liebig (2019): Wiederanstieg der Einkommensungleichheit – aber auch deutlich steigende Realeinkommen. DIW Wochenbericht Nr. 19, 343–353 (online verfügbar).

<sup>29</sup> Die Vorjahreseinkommen sind hier ausgewiesen zum Erhebungsjahr, äquivalenzgewichtet (revidierte OECD-Skala) und zu Preisen von 2017. Bis 1997 wurden die Preisentwicklungen in Ost- und Westdeutschland getrennt berücksichtigt. Ungeachtet dessen bestehen – insbesondere in vielen Regionen Ostdeutschlands – noch weiterhin Kaufkraftvorteile. Vgl. Jan Goebel et al. (2010): Eine exemplarische Anwendung der regionalisierten Preisniveau-Daten des BBSR auf die Einkommensverteilung für die Jahre 2005 bis 2008 – zugleich eine Dokumentation verschiedener Preisniveau-Zeitreihen für das vereinigte Deutschland. In: Joachim Möller, Eckardt Hohmann und Denis Huschka (Hrsg.): Der weiße Fleck – zur Konzeption und Machbarkeit regionaler Preisindizes. Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, IAB-Bibliothek Bd. 324, 419–444; vgl. auch Peter Krause (2018): Wiedervereinigung und die Annäherung der Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland. In: Marcel Erlinghagen, Karsten Hank und Michaela Kreyenfeld (Hrsg.): Innovation und Wissenstransfer in der empirischen Sozial- und Verhaltensforschung (Festschrift für Gert G. Wagner), 101–148.

in Ostdeutschland auf 24 Prozent gesunken (Tabelle 3). Die zunehmende Ungleichheit der Haushaltsnettoeinkommen zeigt sich auch am Gini-Koeffizient<sup>30</sup>: Er hat sich in Westdeutschland von 0,25 im Zeitraum 1992–1994 auf 0,29 im Zeitraum 2015–2017 erhöht, in Ostdeutschland von 0,21 auf 0,26. Die verfügbaren Haushaltseinkommen sind unter anderem infolge der geringeren Besetzung bei den hohen Einkommen somit weiterhin in Ostdeutschland etwas gleichverteilt als in Westdeutschland.

Nicht nur bei den Haushaltsnettoeinkommen, auch bei den zugrundeliegenden Haushaltseinkommen ist die Ungleichheit gestiegen. Dabei waren die Markteinkommen bereits seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in Ostdeutschland ungleicher verteilt als in Westdeutschland. Die geringere Ungleichheit der Haushaltsnettoeinkommen in Ostdeutschland ist eine Folge der (sozial-)staatlichen Umverteilung. Die Reduktion der Einkommensungleichheit durch Umverteilung war zuletzt leicht rückläufig, ist aber im internationalen Vergleich weiterhin außerordentlich hoch.<sup>31</sup> Im Zeitraum 2015–2017 verringerte die Umverteilung die Einkommensungleichheit in Ostdeutschland um 51 Prozent, in Westdeutschland um 41 Prozent.

Die Einkommensentwicklungen verliefen für die ostdeutsche Bevölkerung in den jeweiligen biografischen Lebensphasen unterschiedlich. Viele Ältere konnten vom Systemwechsel profitieren. Ihre Alterseinkommen wuchsen infolge der zurückliegenden langen Erwerbszeiten unmittelbar nach der Wiedervereinigung schlagartig an. Die Armutsrisikoquoten der Älteren (über 70 Jahre) sind in Ostdeutschland seit Mitte der 1990er Jahre niedriger als in Westdeutschland.<sup>32</sup> Demgegenüber waren die Jüngeren, 1990 noch am Beginn der Erwerbskarriere stehenden Altersgruppen im Lebensverlauf mehrfach von erhöhten Arbeitsmarkt- und damit verbundenen Einkommensrisiken betroffen. Für diese Erwerbskohorten zeichnen sich mit dem Eintritt ins Rentenalter erhöhte Risiken zur Altersarmut ab.<sup>33</sup>

### Seit 2010 gestiegene Lebenszufriedenheit und geringere wirtschaftliche Sorgen in Ost und West

Im Sozio-oekonomischen Panel enthaltene Fragen zur allgemeinen Lebenszufriedenheit und zu wirtschaftlichen Sorgen spiegeln die Bewertungen und Ängste in der Bevölkerung

<sup>30</sup> Der Gini-Koeffizient ist ein Verteilungsmaß mit Werten zwischen 0 und 1, das die Ungleichheit der Einkommen misst. Ein Wert von 0 besagt, dass alle Personen über dasselbe Einkommen verfügen, bei einem Wert von 1 verfügt eine Person über das gesamte Einkommen und alle anderen gehen leer aus. Vgl. OECD (2015): *In It Together: Why Less Inequality Benefits All*. OECD Publishing, Paris (online verfügbar).

<sup>31</sup> Beim Vergleich der Ungleichheit von Haushaltseinkommen und den daraus abgeleiteten Haushaltsnettoeinkommen in verschiedenen OECD-Ländern werden in keinem anderen OECD-Land Umverteilungsquoten über 50 Prozent erreicht. Vgl. Krause (2018), a. a. O., 132–133.

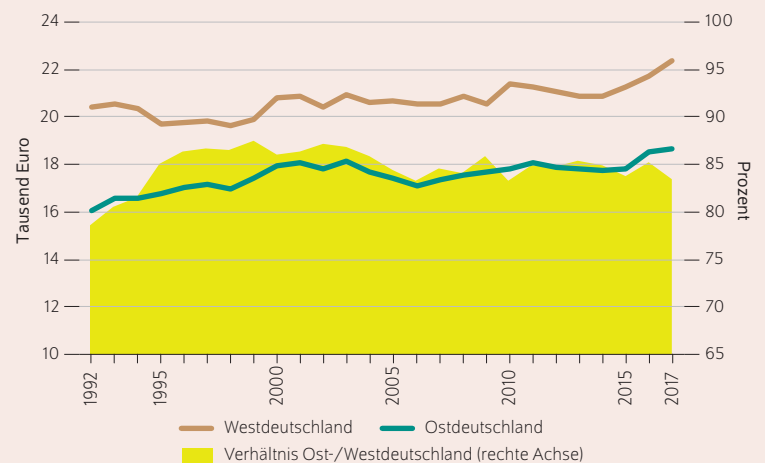
<sup>32</sup> Vgl. Jan Goebel und Peter Krause (2018): *Einkommensentwicklung – Verteilung, Angleichung, Armut und Dynamik*. In: Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin (in Zusammenarbeit mit SOEP am DIW Berlin) (Hrsg.): *Datenreport 2018, Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 239–253 (online verfügbar). Für die früheren Jahre vgl. auch Datenreport 1997 und Datenreport 2002.

<sup>33</sup> Vgl. Julia Simonson et al. (2012): *Ostdeutsche Männer um 50 müssen mit geringeren Renten rechnen*. DIW Wochenbericht Nr. 23, 3–13 (online verfügbar).

Abbildung 6

### Entwicklung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in Ost- und Westdeutschland

Einkommen in Euro (linke Achse); Verhältnis in Prozent (rechte Achse)



Anmerkung: Ostdeutschland einschließlich Berlin-Ost. Mittlere Haushaltsnettoeinkommen im Vorjahr (Median, ausgewiesen zum Erhebungsjahr), äquivalenzgewichtet (revidierte OECD-Skala), preisbereinigt (zu Preisen von 2017, bis 1997 getrennt für Ost- und Westdeutschland).

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf SOEPv34.

© DIW Berlin 2019

Der relative Abstand der Einkommen zwischen Ost- und Westdeutschland hat sich seit Mitte der 1990er Jahre kaum verändert.

zu den wahrgenommenen Lebensbedingungen wider. Die Antworten reflektieren somit – neben konjunkturell bedingten Eindrücken – auch die individuellen Erfahrungen in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung.

Unmittelbar nach dem Mauerfall spiegeln die Zufriedenheitsverläufe sowohl positive Vereinigungserwartungen als auch subjektive Anpassungsleistungen wider (Abbildung 8). In Ostdeutschland schlägt sich dies in einer niedrigeren Lebenszufriedenheit und höheren wirtschaftlichen Sorgen als in Westdeutschland nieder. Bis 1994 nahm die Zufriedenheit dann wieder etwas zu, und die Sorgen nahmen ab. In Westdeutschland war der Trend in dieser Phase genau gegenläufig. Diese Entwicklung kann unter anderem interpretiert werden als eine Angleichung der subjektiven Bewertungsmaßstäbe an die neuen wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen.<sup>34</sup>

Ab 1995 folgten die Entwicklungen der Zufriedenheiten und Sorgen deutlich den wirtschaftlichen Verläufen. Dies geschah weitgehend synchron in Ost- und Westdeutschland – bei erheblichen, aber abnehmenden Niveauunterschieden. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zeigten

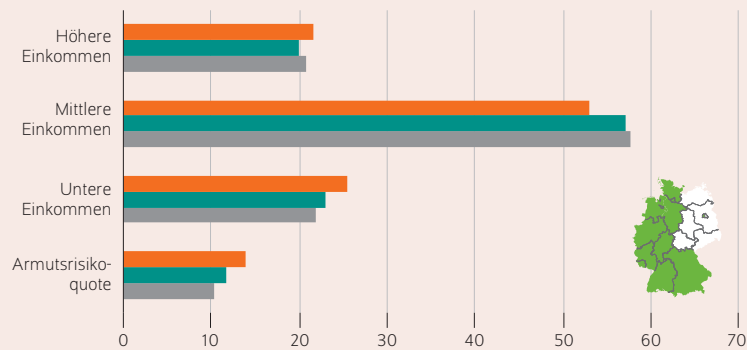
<sup>34</sup> Vgl. Peter Krause (2016): *Quality of life and inequality*. In: Luigino Bruni und Pier Luigi Porta (Hrsg.): *Handbook of Research Methods and Application in Happiness and Quality of Life*. Edward Elgar Publishing, 111–147; sowie Krause (2018) a. a. O.

Abbildung 7

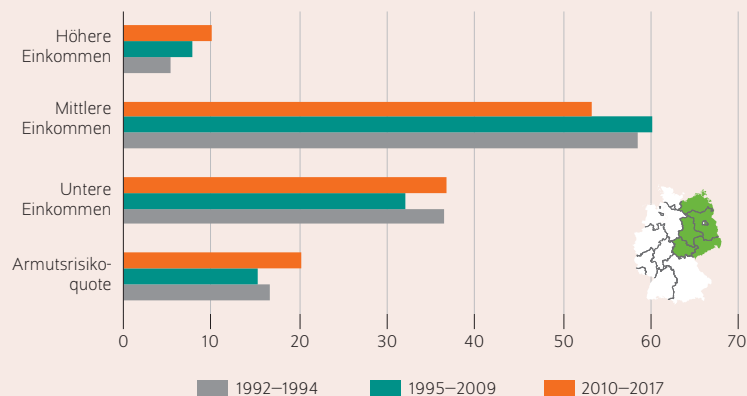
## Schichtung der Haushaltseinkommen in Ost- und Westdeutschland

In Prozent

### Westdeutschland



### Ostdeutschland



Anmerkungen: Ostdeutschland einschließlich Berlin-Ost. Haushaltseinkommen des Vorjahres (ausgewiesen zum Erhebungsjahr), äquivalenzgewichtet (revidierte OECD-Skala), preisbereinigt (zu Preisen von 2017, bis 1997 getrennt für Ost- und Westdeutschland). Höhere Einkommen: über 150 Prozent des gesamtdeutschen Medians. Mittlere Einkommen: 75–150 Prozent des gesamtdeutschen Medians. Untere Einkommen: unter 75 Prozent des gesamtdeutschen Medians. Armutsrisikoquote: unter 60 Prozent des gesamtdeutschen Medians.

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf SOEPv34.

© DIW Berlin 2019

In beiden Landesteilen sind die mittleren Einkommen zurückgegangen und die Armutsrisikoquoten gestiegen.

sich zunächst noch positive Zufriedenheitsentwicklungen. Im Zuge der zum Jahrtausendwechsel einsetzenden wirtschaftlichen Schwächephase fielen die mittleren Zufriedenheitswerte bis 2004 auf einen Tiefpunkt, begleitet von einem Anstieg der wirtschaftlichen Sorgen. Die zu dieser Zeit im Ost-West-Vergleich deutlich höhere Arbeitslosigkeit ging demnach mit großen Zufriedenheitsabständen einher. Seit 2006 haben sich die Zufriedenheitswerte im Kontext der positiven sozio-ökonomischen Entwicklungen in Ost und West fast kontinuierlich erhöht, und die Ost-West-Abstände sind gesunken. Gleichzeitig haben sich die wirtschaftlichen Sorgen – mit einer Unterbrechung infolge der Finanzkrise – verringert.

## Drei Phasen der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland

Die oben dargestellten Fortschritte bei der Angleichung der Lebensverhältnisse lassen sich in drei Entwicklungsphasen zusammenfassen.

### Phase I, 1990–1994: institutionelle und sozialpolitische Angleichung

Die Phase der institutionellen und sozialpolitischen Angleichung (1990–1994) umfasst die unmittelbaren Folgen des Systemwechsels in Ostdeutschland, insbesondere die Privatisierung der Wirtschaft sowie die Einführung und Umsetzung diverser sozialstaatlicher Maßnahmen. Die Privatisierung der vormals staatlichen Wirtschaftsbetriebe über die Treuhand war 1994 abgeschlossen. Mit dem Systemwechsel stiegen in Ostdeutschland die Produktivität der Betriebe und die Wirtschaftsleistung stark an. Im Zuge dessen haben sich auch die Einkommen der privaten Haushalte in dieser Phase stark erhöht, insbesondere die Renten. Zugleich erfolgte ein Abbau der vormals hohen Erwerbsquoten. Dies war verbunden mit einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit, die zu hohen Abwanderungen führten.

### Phase II, 1995–2009: wechselhafte Entwicklung des gemeinsamen Arbeitsmarkts

Die zweite Phase (1995–2009) ist gekennzeichnet durch die Entwicklung des gemeinsamen Arbeitsmarktes sowie durch wirtschaftliche Schwächephasen und Krisen, die die Erwerbskohorten in Ostdeutschland (insbesondere bis 2005) stärker erfassten als in Westdeutschland.

Wechselhafte Entwicklungen der Erwerbs- und Haushaltseinkommen sowie zunehmende Arbeitslosigkeit, Niedriglohn und Einkommensarmut gingen nach dem Jahrtausendwechsel einher mit abermals erhöhten Abwanderungen aus Ostdeutschland. Die subjektiven Belastungen in der Bevölkerung zeigen sich in dieser Phase in zwischenzeitlich sinkenden Zufriedenheitsniveaus sowie steigenden wirtschaftlichen Sorgen. Nach 2005 gingen die hohen Arbeitslosenquoten langsam wieder zurück. Die Einkommensungleichheit und Einkommensarmut blieben aber auf hohem Niveau weitgehend stabil.

Tabelle 3

## Ungleichheit der Haushaltseinkommen in Ost- und Westdeutschland

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	1992–1994	1995–2009	2010–2017	darunter: 2015–2017	1992–1994	1995–2009	2010–2017	darunter: 2015–2017
<b>Einkommensungleichheit</b>								
Gini-Koeffizient der Netto-Einkommen	0,25	0,27	0,29	0,29	0,21	0,22	0,25	0,26
Gini-Koeffizient der Markt-Einkommen	0,42	0,47	0,49	0,50	0,41	0,52	0,54	0,53
Reduktion der Ungleichheit durch Umverteilung (Prozent)	40,2	42,7	41,3	41,1	49,1	56,9	52,5	51,4
<b>Einkommensanteile (in Prozent)</b>								
Reichste zehn Prozent	20,4	21,8	22,2	22,0	17,7	18,9	20,2	20,6
Ärmste 40 Prozent	24,6	23,9	22,8	22,6	27,1	26,0	24,1	23,8

Anmerkung: Ostdeutschland einschließlich Berlin-Ost. Haushaltseinkommen des Vorjahres (ausgewiesen zum Erhebungsjahr), äquivalenzgewichtet (revidierte OECD-Skala), preisbereinigt (zu Preisen von 2017, bis 1997 getrennt für Ost- und Westdeutschland).

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf SOEPv34.

© DIW Berlin 2019

Die Ungleichheit der Haushaltsnettoeinkommen ist in Ostdeutschland aufgrund der stärkeren Umverteilung niedriger als in Westdeutschland.

### Phase III, seit 2010: wirtschaftliche und soziale Angleichung

Die dritte Phase brachte eine weitere wirtschaftliche und soziale Angleichung mit sich. Sie begann um das Jahr 2010 herum, als die ersten nach der Wiedervereinigung Geborenen in das Berufsleben eintraten. Seitdem hat sich der gesamte deutsche Arbeitsmarkt weiter erholt. Die Wirtschaftsleistung stieg deutlich an, die Erwerbstätigenquoten erreichten einen neuen Höchststand, die Arbeitslosenquoten verringerten sich, die Haushalts- und Erwerbseinkommen verzeichneten reale Zuwächse und auch die Binnenwanderungs-Salden zeigen nunmehr eine ausgeglichene Bilanz. In der Folge verringerten sich auch die subjektiven Ost-West-Unterschiede in den SOEP-Befragungen deutlich. Einkommensungleichheit, -armut und Niedriglohnanteile verharrten indes weiter auf hohem Niveau. Ungeachtet der erzielten Angleichungsfortschritte bleiben somit gewisse Niveauunterschiede im Lebensstandard und der wahrgenommenen Lebensqualität im Ost-West-Vergleich weiterhin bestehen.<sup>35</sup>

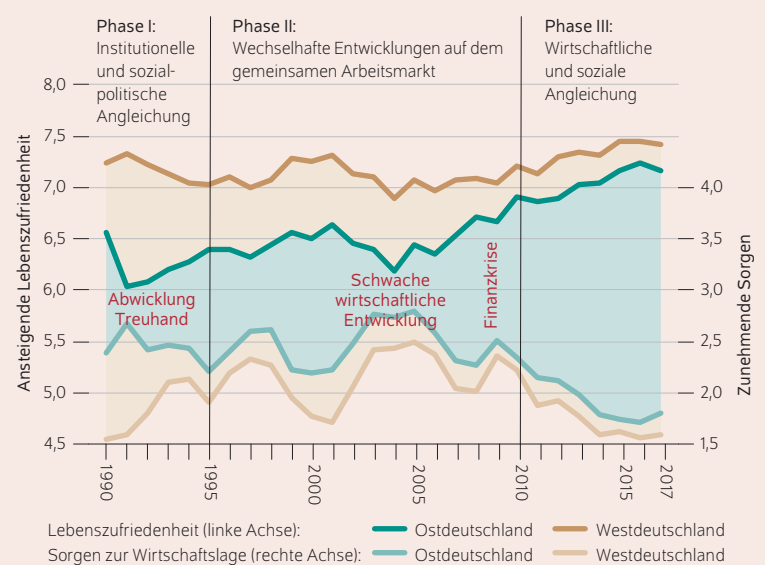
### Fazit: Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse nicht mehr auf Ost-West-Vergleich fokussieren

Seit der Wiedervereinigung sind zweifelsohne gewaltige Fortschritte bei der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland erfolgt. Innerhalb der letzten 30 Jahre sind allerdings – in beiden Landesteilen – auch die Einkommensungleichheit und Armutsrisikoquoten gestiegen. Die Niedriglohn- und Niedrigerwerbseinkommensquoten haben sich seit Mitte der 1990er Jahre erhöht. Bei den

<sup>35</sup> Seit 2013 sind die Sorgen um den Erhalt des Friedens in Deutschland und um den Zusammenhalt in der Gesellschaft in Ost- und Westdeutschland stark gestiegen. Clara Hoffmann und Jürgen Schupp (2018): Lebenszufriedenheit und Sorgen. In: Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin (in Zusammenarbeit mit SOEP am DIW Berlin) (Hrsg.): Datenreport 2018, Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 383–392 (online verfügbar).

Abbildung 8

### Entwicklung der Lebenszufriedenheit und der Sorgen zur Wirtschaftslage in Ost- und Westdeutschland Befragungsergebnisse (Skala)



Anmerkungen: Ostdeutschland einschließlich Berlin-Ost. Lebenszufriedenheit: Mittelwerte der Befragungsergebnisse zur allgemeinen Lebenszufriedenheit. Ein Wert von null bedeutet, mit dem Leben „ganz und gar unzufrieden“, ein Wert von zehn dagegen, mit dem Leben „ganz und gar zufrieden“, um Befragungseffekte korrigiert. Sorgen zur Wirtschaftslage: Ein Wert von null bedeutet, „keine Sorgen“, ein Wert von vier bedeutet, „große Sorgen“ um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und um die eigene wirtschaftliche Situation. Bevölkerung im Befragungsalter ab 17 Jahren.

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf SOEPv34.

© DIW Berlin 2019

Die Lebenszufriedenheit in Ost- und Westdeutschland hat sich deutlich angeglichen und lag in den letzten Jahren auf einem hohen Niveau.



Beschäftigten ist vor allem in Ostdeutschland der Anteil der FacharbeiterInnen und MeisterInnen deutlich gesunken und der Anteil der höher qualifizierten Beschäftigten ist gestiegen. Fortschritte sind auch bei der demographischen Angleichung der Lebenserwartung, der Geburtenraten und den inzwischen ausgeglichenen Wanderungsbewegungen zu erkennen.

Allerdings gibt es auch noch Angleichungsdefizite für Ostdeutschland. Insbesondere ist die Wirtschaftskraft im Osten nach wie vor geringer als im Westen, der Anteil hochqualifizierter Beschäftigter ist geringer, und die Anteile der Beschäftigten mit Niedriglohn bzw. geringen Erwerbseinkommen sowie die Armutsrisikoquoten sind höher. Unterschiede ergeben sich dabei auch durch den stärker ländlich geprägten Raum Ostdeutschlands. Zudem weisen die deutlich geringeren Anteile von Migranten auf weiter anhaltende regionsspezifische Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland hin.

Dem seit der Wiedervereinigung verfolgten politischen Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ostdeutschland wurde in weiten Teilen entsprochen. Dies zeigt sich auch in den Befragungsergebnissen des SOEP, die für

breite Bevölkerungsschichten positive Bewertungsmuster bei Zufriedenheiten und wirtschaftlichen Sorgen offenbaren.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen sollte sich das Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Zukunft stärker auf die regionale und föderale Vielfalt in allen Landesteilen beziehen. Neben der Förderung der regionalen Wirtschaftskraft<sup>36</sup> – in allen Bundesländern – sind insbesondere in Ostdeutschland angesichts der starken sozio-demographischen Veränderungen auch regionale Maßnahmen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts in den Blick zu nehmen. Dies könnte zum Beispiel durch Ausweitungen und Verbesserungen der Bildungseinrichtungen<sup>37</sup> und der Familienpolitik geschehen. Die Schaffung und Erhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Landesteilen und Regionen bleibt weiterhin ein wichtiges Ziel gesamtdeutscher Politik, das sich aber nicht mehr primär am Ost-West-Vergleich, sondern stärker an den regionalen Disparitäten in allen Landesteilen orientieren sollte.

<sup>36</sup> Vgl. dazu auch BMWi (2019) a. a. O.; IWH (2019), a. a. O.; Ragnitz et al. (2019), a. a. O.

<sup>37</sup> Regionale Unterschiede bei geringeren tertiären Bildungsabschlüssen sowie höheren Schulabbrecherquoten treten vor allem in Ostdeutschland auf. Vgl. IWH (2019), a.a.O., 58–59.

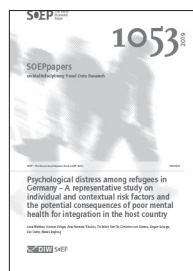
**Peter Krause** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | [pkrause@diw.de](mailto:pkrause@diw.de)

**JEL:** D31, I31

**Keywords:** German reunification; adaptation of living conditions.

## SOEP Papers Nr. 1053

2019 | Lena Walther, Hannes Kröger, Ana Nanette Tibubos, Thi Minh Tam Ta, Christian von Scheve, Jürgen Schupp, Eric Hahn, Malek Bajbouj



### Psychological Distress among Refugees in Germany – a Representative Study on Individual and Contextual Risk Factors and the Potential Consequences of Poor Mental Health for Integration in the Host Country

Background: Responding to the mental health needs of refugees remains a pressing challenge worldwide. We estimated the prevalence of psychological distress in a large refugee population in Germany and assessed its association with host country factors amenable to policy intervention and integration indicators. Method: We analysed the second wave

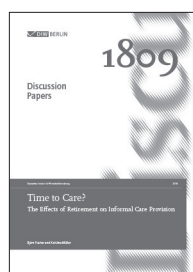
of the IAB-BAMF-SOEP, a representative Germany-wide survey of 2,639 adult refugees who arrived between 2013 and 2016, which included the Refugee Health Screener. Results: Almost half of the population surveyed (41.3%[95%-CI:37.9%-44.6%]) was affected by psychological distress. 10.9%(8.3%-13.4%) of the population screened positive for severe distress. Risk of distress was particularly high for women (53%[47.1%-58.9%]), older refugees (aged  $\geq 55$ :70.4% [58.5%-82.2%]), Afghan nationals (61.2%[53.2%-69.2%]), individuals under threat of deportation (RR:1.54[1.13-2.1]), single males (1.41[1.09-1.82]), and those in collective housing (1.2[1.02-1.42]). Distressed males had a lower likelihood of employment (0.66[0.51-0.84]) and reduced participation in integration courses (0.9[0.81-1.01]). Affected females were less often in education (0.43[0.18-1.04]). Conclusions: The finding that a large minority of refugees in Germany exhibits distress calls for an expansion of mental health services for this population. Service providers and policy-makers should consider the increased risk among female, older and Afghan refugees, as well as among single men, residents in collective housing and those under threat of deportation. The associations between mental health and integration processes like labour market, educational program and integration course participation also warrant consideration.

[www.diw.de/publikationen/soeppapers](http://www.diw.de/publikationen/soeppapers)



## Discussion Papers Nr. 1809

2019 | Björn Fischer, Kai-Uwe Müller



### Time to Care? The Effects of Retirement on Informal Care Provision

This paper analyzes the impact of a reduction in women's labor supply through retirement on their informal care provision. Using SOEP data from the years 2001–2016 the analysis addresses fundamental endogeneity problems by applying a fuzzy regression discontinuity design. We exploit early retirement thresholds for women in the German pension system as instruments for their retirement decision. We find significant positive effects on informal care provided by women retiring from employment at the intensive and extensive margin that are robust to various sensitivity checks. Women retiring from full-time employment, highly educated women and women providing care within the household react slightly

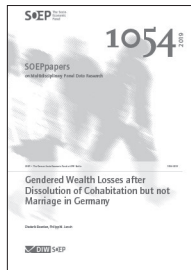
stronger. Findings are consistent with previous evidence and underlying behavioral mechanisms. They point to a time-conflict between labor supply and informal care before retirement. Policy implications are far-reaching in light of population aging. Prevalent pension reforms that aim to increase life-cycle labor supply threaten to reduce informal care provision by women and to aggravate the existing excess demand for informal care.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)



SOEP Papers Nr. 1054

2019 | Diederik Boertien, Philipp M. Lersch



## Gendered Wealth Losses after Dissolution of Cohabitation but not Marriage in Germany

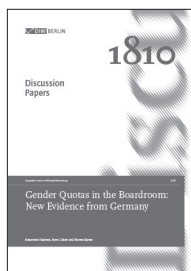
**Objective:** To document gender differences in how economic wealth changes following the dissolution of marriage and cohabitation in Germany. **Background:** Wealth can be an important resource to deal with the adverse economic consequences of union dissolution. Marital property regimes usually ensure that both partners receive a share of the couples' wealth following a divorce. The dissolution of cohabiting unions is not governed by such rules in most countries, including Germany, which may lead to a more unequal division of wealth following the dissolution of cohabitation as compared to marriage. **Method:** The analysis consists of multivariable fixed-effects regression models based on longitudinal data from the German Socio-Economic Panel (N = 6,388 individuals) for the years 2002 to 2017. **Results:** Changes in wealth are relatively similar for men and women after the dissolution of marriage. The dissolution of cohabiting unions is related to losses in wealth for women, but not for men. Controlling for post-dissolution processes, gender inequality increases after the dissolution of cohabitations. **Conclusion:** Union dissolution is associated with wealth losses. The legal protection of the economically weaker spouse in marriage prevents gender inequality in these wealth losses. Lacking such legal protection, cohabitation is associated with gender inequality in the consequences of dissolution.

[www.diw.de/publikationen/soeppapers](http://www.diw.de/publikationen/soeppapers)



Discussion Papers Nr. 1810

2019 | Alexandra Fedorets, Anna Gibert, Norma Burow



## Gender Quotas in the Boardroom: New Evidence from Germany

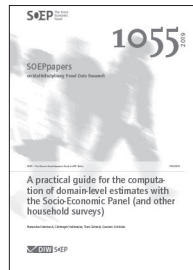
We examine the introduction of a gender quota law in Germany, mandating a minimum 30% of the underrepresented gender on the supervisory boards of a particular type of firms. We exploit the fact that Germany has a two-tier corporate system consisting of the affected supervisory boards and unaffected management boards within the same firm. We find a positive effect on the female share on supervisory boards of affected firms, but no effect on presidency of the board or its size. We also study whether the increased female representation has had an effect on the financial performance of the firm and conclude that, unlike some previous studies in other countries, there has not been any negative effect on the profitability of the firm, neither at the time when the law was announced nor when it was passed.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)



SOEP Papers Nr. 1055

2019 | Natascha Hainbach, Christoph Halbmeier, Timo Schmid, Carsten Schröder



## A Practical Guide for the Computation of Domain-Level Estimates with the Socio-Economic Panel (And Other Household Surveys)

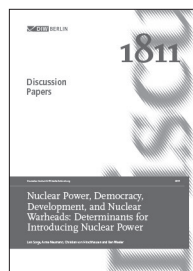
There is a huge interest in deriving and comparing socio-economic indicators across societal groups and domains. The indicators are usually derived from population surveys like the German Socio-Economic Panel (SOEP) by direct estimation. Small sample sizes in the domains can limit the precision of these estimates. For example, while SOEP may be a suitable database for determining mean income in Germany, it is unclear whether this also applies to smaller domains (for example, women in Berlin). Here we show SOEP-based applications of Stata's *fayherriot* package (Halbmeier et al., 2019). This package implements the Fay-Herriot model (Fay and Herriot, 1979), a small-area estimation technique designed to improve the precision of domain-level direct estimates using domain-level covariates from auxiliary datasets.

[www.diw.de/publikationen/soeppapers](http://www.diw.de/publikationen/soeppapers)



Discussion Papers Nr. 1811

2019 | Lars Sorge, Anne Neumann, Christian von Hirschhausen, Ben Wealer



## Nuclear Power, Democracy, Development, and Nuclear Warheads: Determinants for Introducing Nuclear Power

This paper analyzes the nature of democratic development in a nation on the process of introducing nuclear power over the period 1960 – 2017 for an unbalanced panel of 171 countries. Given the involved political process of introducing nuclear power and its political importance, as well as the current tendency of about 30 countries to "go nuclear", this question is both of historic and current interest. We apply a multinomial logistic regression approach that relates the likelihood of a country to introduce nuclear power to its level of democratic quality and nuclear warhead possession. The model results suggest that

countries with lower levels of democratic development are more likely to introduce nuclear power. Our results moreover indicate that countries which possess at least one nuclear warhead are more likely to continue to use nuclear power instead of not using nuclear power at all. We discuss these results in the context of the public policy debate on nuclear power, yet beyond energy and environmental issues addressing international relations, conflict, and security issues connected to nuclear energy.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)





CHRISTIAN VON HIRSCHHAUSEN

# Braunkohleausstieg in Proschim und Pödelwitz: Hundertprozentig!

Prof. Christian von Hirschhausen, Forschungsdirektor am DIW Berlin und Professor für Infrastrukturpolitik an der Technischen Universität Berlin  
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Am 26. Juni 1990, knapp vor der Wirtschafts- und Währungsunion, besuchte ich im Rahmen einer Fachexkursion in die Schwerindustrie der DDR die Bergakademie Freiberg: Rektor Gerhard berichtete dabei über die DDR als weltweit führenden Braunkohleproduzenten, „über 300 Millionen Tonnen jährlich!“. Unser Exkursionsleiter von der Pariser Bergbauhochschule Ecole des Mines, Pierre Giraud, befürchtete aufgrund anderer Transformationserfahrungen, dass von diesen Kapazitäten nur 20 Prozent übrigbleiben würden, und er sollte Recht behalten. Eine beherzte Strukturpolitik ermöglichte es den neuen Bundesländern, die Braunkohlewirtschaft behutsam zu transformieren, die nunmehr, drei Jahrzehnte später, zu Ende geht. Hundertprozentig!

Denn der Braunkohleausstieg in den beiden östlichen Braunkohleregionen, der Lausitz und dem Leipziger Land, ist beschlossen: So heißt es im Brandenburger Koalitionsvertrag vom 25. Oktober 2019, dass es „keine neuen Tagebaue, keine Tagebauvorbereitungen und keine Umsiedlung von Dörfern mehr geben“ wird. Praktisch bedeutet dies den Verzicht auf den Aufschluss des Tagebaus Welzow-Süd II in der Lausitz und ein Bekenntnis zum Erhalt Proschims, dem inzwischen bundesweit bekannt gewordenen Dorf, dem „Hambacher Wald“ der neuen Bundesländer. Auch in Sachsen, dem Hort des deutschen (Kohle-)Bergbaus, hat sich der Wind gedreht: Das Sondierungsergebnis der drei potentiellen Regierungsfractionen vom 3. Oktober 2019 sieht vor, „den Ort Pödelwitz zu erhalten und die Inanspruchnahme der Ortslage zu vermeiden“. Pödelwitz steht hier für das letzte Dorf, das bis vor kurzem noch von der Abbaggerung bedroht war. Hinter diese Beschlusslage könnten auch andere als die derzeit absehbaren Regierungskoalitionen nicht zurück. In Verbindung mit dem bevorstehenden Kohleausstiegsgesetz bedeutet dies das Ende der energetischen Nutzung der Braunkohle in den neuen Bundesländern. Hundertprozentig!

Nun heißt es, die schwierige Vergangenheit aufzuarbeiten, Wunden zu heilen, Gräben zuzuschütten und gemeinsam in die Zukunft zu blicken (und darüber die dritte Region im Bunde, das

Rheinland, nicht zu vergessen, wo RWE nach wie vor in Richtung Hambacher Wald baggert). Energie- und klimapolitisch bedeutet das vor allem die Umstellung von der fossilen Energiegewinnung auf Erneuerbare, am besten hundertprozentig und am besten dezentral. Bemühungen, Erdgas als „Brückenergieträger“ zu etablieren, sollte sofort ein Riegel vorgeschoben werden, denn so käme man vom Regen in die Traufe. Proschim ist bereits heute zu über 100 Prozent erneuerbar und dezentral versorgt, der Rest der Republik sollte sich dasselbe Ziel setzen. Und bitte keine Scheinlösungen anstreben wie die CO<sub>2</sub>-Abscheidung (die deutschlandweit einzige Pilotanlage wurde in Brandenburg vor Jahren eingestampft) oder Atomkraft.

Sicherlich benötigt aber auch der Strukturwandel in den Regionen, der über drei Jahrzehnte von politisch motivierten Hoffnungen auf ein Überleben der Braunkohle behindert wurde, neue Orientierung. Wie die Energiewirtschaft sollte auch der Strukturwandel vor allem lokal angegangen werden; viel Geld von außen schadet da erfahrungsgemäß eher. Die Rahmenbedingungen sind gut, Fachkräfte (noch) vorhanden und bei entsprechendem Ausbau der Verkehrs-, IT- und Forschungsinfrastruktur könnten neue Strukturen entwickelt und alte erhalten werden. Die Transformation sollte sowohl im Hinblick auf die Alterspyramide, die Verteilung zwischen den Geschlechtern als auch auf die Umstrukturierung der regionalen Wirtschaft vorangetrieben werden; dabei wird eine gesunde Mischung aus Kontinuität und Wandel benötigt.

Last but not least muss auch die Wissenschaft „gemeinsam in die Zukunft“ blicken. Die bisherige Praxis, in der es sich wissenschaftliche AktivistInnen in der wohligen „Kohleausstiegsecke“ gemütlich machen konnten und neoklassische UmweltökonomInnen auf einen wohlfahrtsoptimalen CO<sub>2</sub>-Preis zur Lösung aller Probleme bauten, sind vorbei. Jetzt geht es um integrierte energie- und gesellschaftspolitische Konzepte für die „große Transformation“. Hundertprozentig!